

ReachOut – Opferberatung und Bildung
gegen Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus

Rassistische Verhältnisse

Ausblicke – Tendenzen – Positionen



Impressum:

Herausgegeben von:
ReachOut – Opferberatung und Bildung
gegen Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus

Oranienstr. 159
10969 Berlin

Tel.: 030-69 56 83 39

Fax: 030-69 56 83 46

info@reachoutberlin.de

www.reachoutberlin.de

Redaktion und V.i.S.d.P.: Sabine Seyb
Gestaltung: Gudrun Hommers
Druck: Keule Druck
Fotomaterial aus: Berliner Tatorte –
Dokumente rechter, rassistischer und
antisemitischer Gewalt, Fotos: Jörg Möller

Berlin, im Dezember 2010

Grafische Gestaltung und Druck der Broschüre
wurden gefördert durch das Berliner
Landesprogramm »Maßnahmen gegen
Rechtsextremismus, Rassismus und
Antisemitismus«

ReachOut – Opferberatung und Bildung
gegen Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus

Rassistische Verhältnisse

Ausblicke – Tendenzen – Positionen



Rassistische Verhältnisse Ausblicke – Tendenzen – Positionen



30.05.2003 / Berlin-Pankow

Eine Gruppe von Campern wird am Kiessee Arkenberge während des Schlafes von Rechten überfallen. Einer der Camper wird im Gesicht schwer verletzt, eine Frau erleidet eine Verletzung am Bein. Die drei Autos werden schwer beschädigt. Die herbeigerufene Polizei, die über den Notruf darüber verständigt worden war, dass es Verletzte gegeben hat, interessiert sich wenig für den Überfall und seine Folgen. Weder benachrichtigen die Polizist_inn_en einen Arzt, noch sichern sie die Spuren des Angriffs. Auch eine Verfolgung der Täter kommt für sie nicht in Frage.

*Pressemeldung der Polizei, 06.06.2003
taz, 06.06.2003*



28.05.2005 / Berlin-Friedrichshain

Gegen 22.30 Uhr wird ein dunkelhäutiger Mann von drei Neonazis in dem an den S-Bahnhof Ostkreuz angrenzenden Park angepöbelt und beleidigt. Eine junge Frau, die sich mit dem Mann solidarisiert und dazwischengehen will, wird von einem der Neonazi ins Gesicht geschlagen und fällt zu Boden. Die Täter treten noch mehrmals auf die Frau ein und gehen dann lachend weg. Leute, die den Vorfall beobachtet haben, griffen nicht ein.

*Antifa Friedrichshain
Augenzeugenbericht*

Inhalt

- 4 **Vorwort**
- 8 **Editorial**
- 12 **ReachOut: Die Opfer unterstützen und beraten**
von Sabine Seyb
- 15 **»Die Schmerzen lassen ein wenig nach, die Angst aber begleitet sie«**
Ein Angriff in der S-Bahn von Maria João Portugal
- 17 **»Kultur« statt »Rasse« – Das Phänomen des antimuslimischen Rassismus**
von Yasemin Shooman
- 21 **»Ich bin auch Muslima, aber ich bin keine Terroristin« –**
Ein Gespräch mit Neuköllner Stadtteilmüttern von Jana Proschek
- 25 **Spiele(nd) ernst nehmen! Zum Eliten-Rassismus und dessen Funktion**
von Sebastian Friedrich
- 29 **»Sie wollte, dass andere davon erfahren« – Ein Angriff in Berlin-Spandau**
von Maria João Portugal
- 31 **Frauen und Homosexuelle im Clash of Civilizations**
Mit Rassismus gegen Sexismus und Homophobie? von Koray Yilmaz-Günay
- 35 **Hate Crime – Kritische Reflektion eines Konzepts** von Timo Lange
- 38 **»All das geschieht fast unbemerkt. Friedlich«**
Institutioneller Rassismus in Deutschland von Biplab Basu
- 41 **Keine »richtige« Identität für die Schule:**
Sind die Opfer selbst schuld, wenn sie rassistisch gemobbt werden?
von Sanchita Basu
- 43 **Rassistisches Mobbing in der Schule – Informationen für Eltern und Lehrer_innen**
- 45 **KOP – Die Kampagne für Opfer rassistisch motivierter Polizeigewalt stellt sich vor**
- 48 **Rassistisch motivierte Polizeigewalt in Berlin**
- 49 **»Mutig ist nicht, wer keine Angst kennt, mutig ist, wer die Angst kennt und sie überwindet.« Die Psychologische Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt stellt sich vor** von Eben Louw
- 52 **Informationen für Opfer und Zeug_innen**
Bildnachweis

Vorwort

Delal Atmaca

Jubiläen sind ein Anlass zum Feiern. Normalerweise. ReachOut – eine Berliner Initiative für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt – wurde im Jahre 2001 gegründet, besteht also nunmehr seit fast 10 Jahren. Es ist großartig, dass es diese Initiative gibt. Sie ist wichtig, mehr noch: Sie ist unverzichtbar. Und genau das ist der Grund, warum ich das Gefühl habe: Dieses Jubiläum ist KEIN Grund zum Feiern. Denn eines ist klar: Gäbe es keine rechte, keine rassistische, keine antisemitische Gewalt, dann bräuchte es ReachOut gar nicht. DAS wäre ein Grund zum Feiern. Doch solange es diese Gewalt gibt, solange wird es auch Opfer geben. Und solange es Opfer gibt, solange muss es ReachOut geben.

ReachOut ist nicht zuletzt deshalb so bedeutsam, weil es die Opfer in den Mittelpunkt stellt und konsequent deren Perspektive einnimmt. Und gerade dies hat, wie *Sabine Seyb* in ihrem Beitrag »*ReachOut: Die Opfer unterstützen und beraten*« eindrücklich klar macht, eine gesellschaftspolitische Dimension. Sie schreibt: »Die Perspektive der Betroffenen einzunehmen, bedeutet eben auch, für gleiche Chancen und Rechte aller hier lebenden Menschen einzutreten und die Konflikte, die sich daraus ergeben, auszutragen.«

Die bei ReachOut engagierten Menschen hören zu, sie schenken den Schilderungen der Opfer Glauben. Dies ist leider keineswegs selbstverständlich, sondern viel zu oft die Ausnahme. Durch das Zuhören und Glauben eines Gegenübers wird es den Opfern, die nach erlebten Gewalttaten häufig unter posttraumatischen Belastungsstörungen leiden, überhaupt erst möglich, wieder Vertrauen zu Menschen außerhalb ihres unmittelbaren Familien- und Freundeskreises aufzubauen. In diesem Zusammenhang sei hingewiesen auf die wichtige Arbeit der »Psychologischen Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt«, die *Eben Louw* in dieser Broschüre kurz vorstellt mit seinem Beitrag »*Mutig ist nicht, wer keine Angst kennt. Mutig ist, wer die Angst kennt und sie überwindet.*« Und die Beiträge von *Maria João Portugal* schildern anschaulich und bewegend die Ängste einzelner Menschen während und nach rassistischen Übergriffen und Gewalttaten. Eine weitere Besonderheit von ReachOut ist, dass die Initiative sich nicht – gleichsam »passiv« – als reine Anlaufstelle versteht, sondern von sich aus aktiv auf Opfer zugeht, den Kontakt also selbst sucht. Dies wiederum ist nur möglich aufgrund einer weiteren Besonderheit: ReachOut recherchiert Medienberichte über Gewalttaten und führt eine entsprechende Chronik, die als insofern hilfreiche Datenbasis fungiert.

Diese Broschüre enthält Beiträge von Menschen, die sich weder mit der Gewalt noch mit

der Hilfsigkeit der Opfer abfinden wollen. Deshalb engagieren sie sich: gegen Gewalt und für die Opfer. Ein Ausdruck der Entschlossenheit und der Vielfältigkeit, aber auch der Notwendigkeit dieses Engagements ist die Breite und Tiefe der Beiträge. Diese Notwendigkeit hängt mit dem unerfreulichen Umstand zusammen, dass rechtsextreme Ansichten in Deutschland zunehmend »salonfähiger« werden. Wer dies nicht wahrhaben will, dem seien nur Inhalt, Verlauf und Umfang der Sarrazin-Debatte in Erinnerung gerufen.

Wichtig und aufschlussreich in diesem Zusammenhang ist insbesondere der Beitrag »Kultur statt ›Rasse‹ – das Phänomen des Antimuslimischen Rassismus« von *Yasemin Shoorman*. Die Autorin enträuft auf überzeugende Weise das von Sarrazin selbst oder auch von Necla Kelek und anderen vorgebrachte Argument, es sei absurd, Sarrazins Islamkritik mit Rassismus gleichzusetzen, da der Islam keine Rasse, sondern eine Kultur und Religion sei: Yasemin weist darauf hin, dass »es überhaupt keine genetisch unterscheidbaren menschlichen Rassen gibt«; vielmehr handele es sich bei ›Rassen‹ um soziale und politische Konstrukte – »rassistische Denkweisen, die Menschen kategorisieren und (...) mit unterschiedlichen Wertungen versehen (...sein) keineswegs verschwunden.«

Verwiesen sei zudem auf die Beiträge »Spiele(n) ernst nehmen: Zum Eliten-Rassismus und dessen Funktion« von *Sebastian Friedrich* sowie »All' das geschieht fast unbemerkt. Friedlich – Institutioneller Rassismus« von *Biplab Basu*: Beide thematisieren das Problem des institutionellen Rassismus. Zwar werden Residenzpflicht, Asyl- und Flüchtlingsheime, Abschiebehaft, Praktiken in Ausländerbehörden oder auch von Wohnungsunternehmen nicht ausführlich thematisiert. Aber Biplab

Basu geht ganz konkret auf den Rassismus in Medien, Polizei und Strafanstalten ein. In diesem Zusammenhang sei auch auf die wichtige Kampagne für Opfer rassistisch motivierter Polizeigewalt – KOP – hingewiesen, die in dieser Broschüre vorgestellt wird. *Sebastian Friedrich* vertritt die interessante These einer Art Instrumentalisierung des Themas »Angst« durch Medien und Politik; gemeint ist hier allerdings nicht die reale Angst der Opfer von rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt. Sondern gemeint ist jene – vermeintliche oder tatsächliche – diffuse Angst der »weißen Mehrheitsbevölkerung« vor Überfremdung: Hier werde, so Sebastian Friedrich, »Rassismus als Folge von Angst verharmlost«, zudem würden »Täter-Opfer-Strukturen umgekehrt.« Etwaiger Rassismus der Eliten selbst hingegen – hier Medien und Politik – werde von diesen gar nicht erst thematisiert.

Einen weiteren interessanten Beitrag liefert *Koray Yilmaz-Günay* mit »Frauen und Homosexuelle im Clash of Civilizations. Mit Rassismus gegen Sexismus und Homophobie?« Korays Kernpunkt: Rassismus sollte nicht – wie viel zu oft und viel zu leichtfertig anzutreffen – ausschließlich der politischen Rechten oder gar den Rechtsextremen zugeschrieben werden. Als Erklärung müssten dann in aller Regel »eine mangelhafte ›Aufklärung‹ über kulturelle Verschiedenheit oder negative Erfahrungen von Einzelnen herhalten.« Bei einer derart verkürzten Sichtweise jedoch blieben strukturelle Ebenen außer acht – auch Verbindungen zu Frauen-, Lesben- und Schwulenfeindlichkeit, die dann häufig gleichsam unter Schuldzuweisungen auch und insbesondere mit der muslimischen Kultur und Gesellschaft assoziiert würden. Worauf es statt derlei vereinfachter (Denk-)Muster ankomme, daran lässt Koray keinen Zweifel: »Wir müssen verstehen, wann, wie und vor allem zu welchem Zweck Frauen-,

Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit zu Argumenten in einem rassistischen Diskurs werden. Die Überwindung von Sexismus und Homophobie kann sinnvoll nur als antirassistischer Kampf geführt werden.«

Leider kann ich hier nicht auf jeden einzelnen Beitrag gesondert eingehen. Hervorgehoben aber seien auf jeden Fall noch jene Beiträge, die Betroffenen ganz konkrete Hilfestellungen geben können, erste Orientierungen – einen Art Leitfaden sozusagen: *Sanchita Basu* etwa liefert Eltern eine Vielzahl möglicher Hinweise, die darauf deuten können, dass ihr Kind in der Schule oder anderswo rassistischem Mobbing ausgesetzt ist; die Dokumentation der Gespräche mit den *Neuköllner Stadtteilmüttern* gewährt wichtige Einblicke in »rassistische Alltagserfahrungen« und Ansatzpunkte zu deren Bewältigung und künftiger Vermeidung. Jeder einzelne Beitrag ist wichtig und steuert einen unverzichtbaren Teil bei zu einem großen Puzzle ambivalenter gesellschaftlicher Realität: Menschlichkeit im Unmenschlichen, Engagement im Gleichgültigem, Zuwendung im Abgewandten, Wärme im Kalten.

Insgesamt wird deutlich: Gewalt fällt nicht vom Himmel. Dies gilt für jede Art von Gewalt – also auch für rechte, rassistische und antisemitische Gewalt. Gewalt ist immer zumindest Ausdruck und Erscheinungsform – wenn nicht gar im engeren Sinne Folge und Ergebnis – gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, die sie möglich machen. Rahmenbedingungen und das Verhalten von Menschen wiederum (das, wie wir nur allzu gut wissen, eben auch unmenschlich sein kann ...) beeinflussen sich wechselseitig: Rahmenbedingungen schaffen Voraussetzungen bzw. Anreize für

das Verhalten von Menschen; Menschen wiederum können aber auch – eben durch ihr Verhalten – Rahmenbedingungen durchaus ändern. Das jedenfalls leuchtet spätestens dann ein, wenn man sich klar macht, was sich hinter dem abstrakten Begriff »gesellschaftliche Rahmenbedingungen« eigentlich konkret verbirgt: Es geht um nicht mehr – aber auch nicht um weniger – als um geschriebenes Recht, also um Gesetze, Verordnungen, Durchführungsbestimmungen etc., aber eben auch um ungeschriebene Regeln, also kulturell geprägte Wertvorstellungen, Sitten, Gebräuche und Gewohnheiten.

Kurzum: Gesellschaftliche Rahmenbedingungen umfassen formelle und informelle Institutionen, die gewissermaßen den Rahmen bzw. Aktionsraum für das Verhalten von Menschen definieren. Hinzu kommen natürlich noch Institutionen im korporativen Sinne, also Organisationen wie Ministerien, Behörden usw. In einem Satz: Solange es gesellschaftliche Rahmenbedingungen gibt, die rechte, rassistische und antisemitische Gewalt möglich machen, solange es Menschen gibt, die menschenverachtende Ansichten vertreten, die menschenfeindliche Überzeugungen und unmenschliche »Wertvorstellungen« haben, solange braucht es andere Menschen mit anderen Ansichten, Überzeugungen und Wertvorstellungen, die dem entgegentreten. Menschen wie jene eben, die bei ReachOut aktiv sind. Weiter so!

Berlin, im Dezember 2010

Dr. Delal Atmaca ist promovierte Wirtschaftswissenschaftlerin. Sie ist als Lehrbeauftragte an der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg tätig und Diversity Trainerin.

05.04.2004 / Berlin-Köpenick

Ein Imbissbetreiber vietnamesischer Herkunft wird von drei Männern in seinem Laden überfallen und schwer verletzt. Sie schlagen mit einer Holzlatte auf ihn ein. Als der Mann am Boden liegt, treten sie weiter auf ihn ein. Die Täter werden aufgrund von Zeugenaussagen festgenommen. Zwei der Angreifer sind als »rechte Schläger« bekannt.

Pressemeldung der Polizei, 06.04.2004

Berliner Morgenpost, 07.04.2004

taz, 07.04.2004

Berliner Zeitung, 07.04.2004

Tagesspiegel, 07.04.2004

ReachOut



10.10.2006 / Berlin-Spandau

Ein 37-jähriger kamerunischer Herkunft wird im Buschower Weg rassistisch beleidigt und mit einer Fahrradkette geschlagen. Der Täter kann aufgrund von Zeugenhinweisen ermittelt und festgenommen werden.

Pressemeldung der Polizei, 12.10.2006

Berliner Morgenpost, 13.10.2006



Editorial

Zunächst die guten Nachrichten: Die Zahl der rechten, rassistischen und antisemitischen Angriffe ist in Berlin auch in diesem Jahr gesunken. Gleichzeitig steigt jedoch die Zahl derjenigen, die bei ReachOut um Beratung und Unterstützung anfragen. Auch das eine gute Nachricht? Ja, weil das ganz einfach bedeutet, dass unser Beratungsangebot in Berlin angenommen wird und wir von Jahr zu Jahr mehr Menschen, die Unterstützung brauchen, erreichen können.

Und die schlechten Nachrichten?

Projekte, die seit Jahren unverzichtbare Arbeit gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechts extremismus leisten, sollen ab 2011 gezwungen werden, eine sogenannte Extremismusklausel zu unterschreiben, so sie denn weiterhin staatliche Förderung in Anspruch nehmen wollen.¹ Diejenigen, die dies nicht mit ihrem politischen Selbstverständnis oder auch einfach nur mit ihrem Gewissen vereinbaren können, mögliche Projektpartner_innen zu misstrauen und zu bespitzeln, haben sich für die zuständige Ministerin bereits »demaskiert«. ReachOut wird eine solche Erklärung nicht unterschreiben.

Seit Ende 2009 werden in Neukölln und Kreuzberg wiederholt Hauswände von alternativen, linken Projekten und Einzelpersonen beschmiert und Scheiben eingeworfen; auf den Infoladen M99 wurde ein Brandanschlag verübt.

In Berlin und anderswo wurden Brandanschläge auf Moscheen verübt.

Rassistische Debatten werden schärfer, vermeintliche Tabus werden nicht nur von Thilo Sarrazin gebrochen und es erfolgt eine Konzentration auf antimuslimischen Rassismus. Der allerdings ist vor allem in der sogenannten Mitte der Gesellschaft kein neues Phänomen. Das Feindbild Islam wird spätestens seit dem Beginn des ersten Irak-Krieges 1991 systematisch aufgebaut. ReachOut war schon im Jahr der Projektgründung 2001 mit den Folgen von 9/11 konfrontiert. Terrorismus wurde gleichgesetzt mit »dem Islam«, die Leidtragenden waren schon damals Muslim_innen. Dem damaligen Innenminister Schily gelang es mit Unterstützung des Koalitionspartners Bündnis 90/Die Grünen in atemberaubender Geschwindigkeit eine Antiterrorgesetzgebung durchzusetzen, die eine massive Einschränkung der Grund- und Bürger_innenrechte bedeutete.

2004 wurde die Klage einer muslimischen Lehrerin gegen das Kopftuchverbot vom Bundesverwaltungsgericht abgewiesen. Schon zum Zeitpunkt der Klageerhebung wurde eine beispiellose Debatte um ein Stück Stoff losgetreten. In Berlin wird auf diese Debatte mit einem sogenannten »Neutralitätsgesetz« geantwortet, das religiöse Symbole in Schulen und öffentlicher Verwaltung untersagt. Wir können dieses Gesetz nur als Maßnahme gegen Kopftuch tragende Frauen verstehen.

2006, mit dem Baubeginn einer Moschee in Pankow formiert sich eine antimuslimische Bürger_inneninitiative, die 2010 in der Gründung der Partei »Die Freiheit« gipfelt.

Wir mussten erfahren, dass man Männern mit dem weit verbreiteten Namen Hassan Ali kein Geld ins Ausland überweisen darf. Laut Bankinstitut muss vorher geklärt werden, dass es sich bei dem Zahlungsempfänger nicht um einen Terroristen handelt. Dieser Name stehe auf der Terrorliste der EU.

Wilhelm Heitmeyer veröffentlicht jährlich die Studie »Deutsche Zustände« und stellt Ende 2010 darin fest, dass der antimuslimische Rassismus zunimmt und das Bürgertum verroht. Bildung helfe da wenig, weil das Bürgertum ja schon gebildet sei.

Der Berliner Tagesspiegel titelt am 5.6.2010 »Allah macht hart« und bezieht sich dabei auf eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen. Mit Hilfe heftig in die Kritik geratener, teilweise rassistischer Befragungsmethoden will uns Christian Pfeiffer, der Leiter des Instituts u. a. beweisen, dass es bei 15-jährigen Jugendlichen einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Häufigkeit von Moscheebesuchen und Gewaltbereitschaft gibt.

Wir haben gelernt, dass brennende Autos und misshandelte Menschen das Gleiche sind, nämlich Opfer extremistischer Gewalt. Sarrazin hat ja nur gesagt, was viele denken, die Partei »Pro Berlin« warnt vor Flüchtlingsunterkünften und der Bürgermeister von Berlin-Mitte warnt auch, weil zu viele Flüchtlinge im Bezirk sozial nicht verträglich seien. Innensenator Körting warnt die Berliner Bevölkerung vor ihren Nachbar_innen: *»Wenn wir in der Nachbarschaft irgendetwas wahrnehmen, dass da plötzlich drei etwas seltsam aussehende Men-*

schen eingezogen sind, die sich nie blicken lassen oder ähnlich, und die nur Arabisch oder eine Fremdsprache sprechen, die wir nicht verstehen, dann sollte man glaube ich schon mal gucken, dass man die Behörden unterrichtet, was da los ist.«² Zwar rudert Körting wenig später zurück: Er habe sich unglücklich ausgedrückt. Es sei ihm nur darum gegangen, Menschen zu sensibilisieren, wenn sie etwas sehr Ungewöhnliches in ihrer Umgebung beobachten würden. – Nur, wer findet eigentlich wo, was und warum ungewöhnlich? Ein Entschuldigung klingt anders.

Und wir haben noch viel mehr gelernt: Die eigentlichen Probleme, die wir anpacken müssen, sind sowieso die Deutschfeindlichkeit, die Homophobie und der Sexismus der Muslim_innen und die kriminellen libanesischen Großfamilien. Ach ja, und dann natürlich noch die Massen von Integrationsverweigerern.

Und was geht uns das alles an? Schließlich sind wir doch nur eine Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Die alltäglichen Demütigungen und rassistischen Verbalattacken, die – nicht nur, aber im Augenblick vor allem – Muslim_innen ertragen müssen und die gewalttätigen Angriffe auf der Straße sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Wir haben uns seit fast zehn Jahren – zugegeben – viel vorgenommen: So steht es in unserem Konzept und davon sind wir überzeugt: Wir sind verpflichtet, die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen die Betroffenen von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt überleben müssen, zu kritisieren. Wenn wir dazu nicht in der Lage sind, ist Beratung und Unterstützung zwar individuell hilfreich, bleibt aber politisch folgenlos. Parteilich auf der Seite der Betroffenen zu stehen und mit ihnen gemeinsam für ihre Interessen einzutreten, notfalls auch hef-

tig dafür zu streiten, bedeutet eben auch genau diese unerträgliche Hetze anzuprangern, die wir nicht nur in 2010 erleben mussten.

Günter Piening hat es auf den Punkt gebracht: *»Die Grenze zwischen Wohlstandschauvinismus und Rassismus ist durchlässig geworden. Das bestärkt die Rechtsextremen in ihren Positionen und bietet neue Andockungspunkte in die Mitte der Gesellschaft hinein. Bei den EinwanderInnen hinterlassen sie noch tiefere Ausgrenzungserfahrungen als die Ausländer-Raus-Parolen der Rechtsextremen, viele schütteln resignierend den Kopf: (...)«³*

Solange die Unterscheidung in ein konstruiertes »Wir« und die »Anderen«, die Definition derer die dazugehören und denjenigen, die ausgegrenzt gehören, in den Köpfen, den Gesetzen und im Handeln aufrecht erhalten wird, werden wir keine grundlegenden Erfolge verbuchen können. Solange Menschen be- und abgewertet werden je nach Herkunft, ihrer Kopfbedeckung, ihren überraschend guten oder erschreckend schlechten Deutschkenntnissen, ihrem vermeintlich guten oder mangelhaften Integrationswillen, ihren Möglichkeiten, diese geschlossene Gesellschaft – mit neuerdings jüdisch-christlicher Tradition – kulturell zu bereichern oder ihr zur Last zu fallen, kommen wir nicht weiter. Was wir brauchen ist eine klare und entschiedene Verurteilung von Rassismus durch diejenigen, die politische Verantwortung tragen, durch die gesellschaftlichen Kräfte, die über die Definitionsmacht verfügen, die in den Medien gehört und zitiert werden.

Und da wir davon noch weit entfernt sind, werden wir uns auch in Zukunft einmischen, mitmischen und unbequeme Fragen stellen. Auch auf die Gefahr hin, die Schmerzgrenze von politischen Entscheidungsträger_innen zu überschreiten oder gar zu »extrem« zu sein.

Im Fokus der hier veröffentlichten Texte stehen die rassistischen Debatten in der viel zitierten Mitte der Gesellschaft. Von besonderem Interesse für uns sind die Zuspitzungen bezüglich des aktuellen antimuslimischen Rassismus. Mit dieser Broschüre wollen wir uns einmischen, gefährliche Tendenzen aufzeigen und unsere Positionen verdeutlichen.

Danke an die Autor_innen, Delal Atmaca, Sebastian Friedrich, Timo Lange, Jana Proschek, Yasemin Shooman und Koray Yilmaz-Günay, die unsere Broschüre mit ihren großartigen Beiträgen unterstützt haben. Den Leser_innen wünschen wir genauso viel Genuss wie uns.

Wir danken den Vertreter_innen des Berliner Landesprogramms »Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus«, über das die Broschüre finanziert werden konnte.

Das Team von ReachOut
Berlin, im Dezember 2010

- 1 Die Klausel im Wortlaut: »Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten. Als Träger der geförderten Maßnahme haben wir zudem im Rahmen unserer Möglichkeiten und auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten. Uns ist bewusst, dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass einer Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet wird.«
- 2 Das Zitat von Dr. Eberhart Körting ist einem Interview mit ihm entnommen, das er am 17.11.2010 der rbb-Abenschau gab.
- 3 Das Zitat ist dem Artikel von Günter Piening »Rechtsextremismus und Integration« vom 17.09.2010 auf der Seite »Mut gegen rechte Gewalt«: <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/debatte/kommentare/rechtsextremismus-und-integration/> entnommen.

05.08.2005 / Berlin-Friedrichshain

Zwei Besucher der »Biermeile« werden am »Roter Oktober« Bierstand von einer Gruppe von etwa fünfzehn Personen umstellt. Einer der Angreifer beleidigt einen der Besucher als »Antifasau«. Der gleiche Mann fordert die Gruppe auf, die beiden Besucher anzugreifen. Dabei zieht er sich Handschuhe und einen Mundschutz an. Er reißt einem der Besucher die Bierflasche aus der Hand und bewirft ihn damit. Auch einen Stehtisch wirft der Angreifer den Besuchern auf die Füße. Als einer der Besucher das Personal des Bierstandes bittet, die Polizei zu rufen, wird der andere angegriffen, zu Boden gerissen und von mehreren Angreifern getreten. Ein Zeuge, der sich einmischte, wird auch angegriffen. Die beiden Besucher fliehen in Richtung des Standorts der Polizei, werden verfolgt und durch Flaschenwürfe verletzt. Die Angreifer flüchten.

ReachOut



23.06.2006 / Berlin-Neukölln

Ein 38-jähriger Mann nigerianischer Herkunft wird gegen 14.30 Uhr im Joachim-Gottschalk-Weg von einem 61-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mit zwei leeren Bierflaschen vom Balkon aus beworfen. Scherben der zersplitternden Flaschen treffen ein 10-jähriges Mädchen am Fuß. Das Kind wird leicht verletzt. Gegen den Täter wird wegen Volksverhetzung und gefährlicher Körperverletzung ermittelt.

Pressemeldung der Polizei, 26.06.2006



ReachOut:

Die Opfer unterstützen und beraten

Sabine Seyb

Seit über neun Jahren berät ReachOut Opfer und Zeug_innen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin. Auch die Angehörigen der Opfer finden bei uns Unterstützung. Außerdem bieten wir Workshops, Vorträge und Fortbildungen an. Immer steht die Situation und die Perspektive der Betroffenen im Mittelpunkt.

Das wichtigste in unseren Beratungsgesprächen ist: Wir hören zu und wir glauben den Betroffenen. Ihre Perspektive, ihre Wahrnehmungen und ihre Bedürfnisse sind entscheidend für unsere Arbeit. Das klingt so selbstverständlich, ist aber für Viele ganz überraschend und nach dem schrecklichen Erlebnis der erste Schritt zurück in ihren Alltag. Wir beantworten Fragen wie: Soll ich Anzeige erstatten? Wer begleitet mich zur Polizei? Was ist eine Nebenklage? Was passiert in einem Gerichtssaal? Welche finanziellen Unterstützungen gibt es? Warum hat es gerade mich getroffen? Brauche ich psychologische Hilfe und wo bekomme ich sie?

Die Opfer werden von uns darin unterstützt, ihre Interessen durchzusetzen und ihre eigenen Entscheidungen zu treffen. Auf ihrem Weg, den Angriff und die Folgen zu verarbeiten, können wir sie begleiten und verschiedene Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

Recherche, Beratung und Begleitung – Was bedeutet das konkret?

Neben der Beratungs- und Bildungsarbeit ist die kontinuierliche Recherche von Polizeiberichten, Zeitungsmeldungen und Internetseiten über Angriffe, die einen rechten, rassistischen oder antisemitischen Hintergrund haben könnten, von ausschlaggebender Bedeutung für unsere Arbeit. Die recherchierten Angriffe werden, unabhängig davon, ob sie zur Anzeige gebracht wurden, in der Chronik von ReachOut veröffentlicht. Auch wenn wir bei weitem nicht von allen Angriffen in Berlin erfahren, leistet die Chronik einen Beitrag dazu, das Dunkelfeld in diesem Bereich kleiner werden zu lassen. Eine Auswahl der Angriffe wird außerdem in unserer Fotoausstellung »Berliner Tatorte – Dokumente rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt« dokumentiert.

So beginnt es fast immer: Wir stoßen bei unseren täglichen Recherchen auf Meldungen, bei denen die Tatumstände, der Verlauf und die Beteiligten darauf schließen lassen, dass es sich um einen rassistisch, rechts oder antisemitisch motivierten Angriff handeln könnte. Es gilt nun als erstes nach Möglichkeiten zu suchen, die Betroffenen zu erreichen, um von ihnen zu erfahren, was geschehen ist und ihnen unsere Unterstützung anzubieten. Handelt es sich beispielsweise um einen Angriff auf den Inhaber eines Geschäftes, gelingt es uns relativ schnell, da wir vor Ort, an seinem Arbeitsplatz, Kontakt aufnehmen können.

In anderen Fällen helfen uns Kooperationspartner_innen in den Bezirken, den Kontakt herzustellen. Jemand kennt die Betroffenen und gibt ihnen die Informationen über unsere Unterstützungs- und Beratungsangebote weiter.

Zu Beginn einer Beratung können wir zunächst nicht absehen, welche konkreten Unterstützungen im Einzelfall notwendig sein werden, wie arbeitsintensiv sich der Beratungsprozess gestalten und wie lange wir die Betroffenen begleiten. Sind die Betroffenen medizinisch gut versorgt? Wird eine weiterführende Betreuung gebraucht, um schwerwiegende, vielleicht sogar bleibende, körperliche Folgen des Angriffs zu behandeln? Sind die Verletzungen für spätere Entschädigungsanträge und Gerichtsverfahren gut dokumentiert? Was bedeutet es für das Opfer, sich in eine psychologische Beratung zu begeben? Welche Schritte kann ReachOut unternehmen, wenn sich herausstellt, dass jemand nicht mehr krankenversichert ist?

Sind die Betroffenen bereit, Anzeige zu erstatten und ist der juristische Weg für sie eine Möglichkeit das schreckliche Erlebnis aufzuarbeiten? Wollen die Opfer als Nebenkläger_innen in einem Gerichtsprozess eine aktive Rolle übernehmen? Was passiert, wenn sie durch die Ermittlungsakten mit den rechtfertigenden, falschen Aussagen der Täter konfrontiert werden?

Die Betroffenen finden sich während der polizeilichen Vernehmungen oder vor Gericht häufig in einer Situation wieder, in der sie sich mit ihrer Wahrheit, mit ihren Erlebnissen plötzlich in Frage gestellt sehen. Die quälenden Fragen, ob sie sich falsch verhalten haben, ob sie zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort waren, haben sie sich ja schon gestellt. Durch die Vorbereitung auf ein Gerichtsverfahren werden

diese Zweifel erneut aufgeworfen. Der Angriff muss noch einmal durchlebt und immer wieder erzählt und durchdacht werden.

Selbst wenn all diese Situationen gut durchgestanden wurden, die Täter verurteilt sind und alle davon ausgehen könnten, dass nun ein wenig Ruhe in das Leben der Betroffenen eintreten könnte, kann folgendes passieren: Ein Entschädigungsantrag wird abgelehnt, weil die Entscheider der Ansicht sind, dass die Tat keinen rassistischen Hintergrund hat, sondern die Tat als »allgemeinkriminelle« einzustufen sei. Es ist nur ein Versehen, ein fehlendes Papier, eine unvollständige Akte, die diese Entscheidung verursacht hat. Wieder muss das Opfer das ganze Geschehen für sich rekonstruieren, wieder muss er sich vor sich selbst und seinem Umfeld die Frage stellen, ob die Interpretation des Angriffs als »allgemeinkriminelle Tat« einen Wahrheitsgehalt besitzen könnte.

Mit den Berater_innen von ReachOut können die Betroffenen auch dann noch über die Geschehnisse, über ihre Zweifel und Fragen sprechen, wenn andere Menschen in ihrem Umfeld nicht mehr zuhören können. Denn dieser Angriff auf eine nahestehende Person hat auch ihr Leben gravierend, häufig für immer verändert und sie sind selbst mit der Bewältigung ihres Alltags, der doch wieder »normal« werden soll, beschäftigt.

Schließlich muss auch diese Frage in jedem Einzelfall geklärt werden: Hilft Öffentlichkeit? Kann ein Beitrag im Fernsehen erneut einen Angriff zur Folge haben? Sollte eine andere Wohnung, weit entfernt vom Angriffsort, gesucht werden? Was bedeutet das für die Kontakte zu Freund_innen und Nachbar_innen, was heißt das für die eigenen Kinder? Unsere Erfahrungen als Berater_innen sind auch bei diesen Entscheidungen gefragt.

Die psychischen Folgen für die Opfer

Häufig stehen die Betroffenen zunächst unter Schock, sie fühlen sich aus der Bahn geworfen, wie betäubt und reagieren mit Unruhezuständen, Überaktivität und panischer Angst. Häufig entwickeln sich aufgrund des brutalen Angriffs posttraumatische Belastungsreaktionen: Die schrecklichen Erinnerungen kehren in Bildern und Träumen immer wieder, Gefühle von Betäubtsein, der Vermeidung von Situationen wechseln sich ab mit Zeiten der Depressivität, mit Angst- und Panikattacken, manchmal auch mit Aggressivität und Wut. Bei schneller, unbürokratischer psychotherapeutischer Unterstützung der Betroffenen sind die Chancen zur Verarbeitung der Gewalterlebnisse gut. Deshalb gibt es in Berlin unter der gleichen Trägerschaft wie ReachOut das Projekt »Psychologische Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt«.

Gesellschaftliche Ausgrenzung

Die Opfer gehören häufig zu den Bevölkerungsgruppen, die in ihrem Alltag gesellschaftliche und politische Ausgrenzung erleben und von Diskriminierung betroffen sind. Diese Bedingungen zu kritisieren und daran mitzuwirken, sie zu verändern – gemeinsam mit den Betroffenen – ist ebenfalls unsere Aufgabe und stößt nicht immer auf ungeteilte Zustimmung

bei den politisch Verantwortlichen. Aber die Perspektive der Betroffenen einzunehmen, bedeutet eben auch, für gleiche Chancen und Rechte aller hier lebenden Menschen einzutreten und die Konflikte, die sich daraus ergeben, auszutragen.

Eingreifen und helfen

Immer wieder berichten uns die Opfer, dass sie die Gleichgültigkeit, manchmal die heimliche oder offene Zustimmung der Unbeteiligten mindestens genauso trifft, wie der Angriff selbst, wie die körperlichen Schmerzen und erlittenen Demütigungen.

Wenn hingegen andere eingreifen, wenn auch nur, um über ihr Handy Hilfe zu holen, fällt die Verarbeitung des Angriffs wesentlich leichter. Die Betroffenen finden schneller zurück in ihre Normalität. Ihr grundsätzliches Vertrauen in ihre Umwelt wird lange nicht so stark erschüttert, wenn sie mutige Menschen treffen oder einfach nur das Mitgefühl und die Unterstützung Einzelner direkt am Tatort erleben. Häufig reicht das schon aus, um das Schlimmste zu verhindern. Das zu erreichen ist eines unserer Ziele.

Sabine Seyb ist Mitarbeiterin von ReachOut

»Die Schmerzen lassen ein wenig nach, die Angst aber begleitet sie«

Ein Angriff in der S-Bahn

Maria João Portugal

Es ist der 21. Dezember 2008 gegen 3:00 Uhr.

Am Bahnhof Friedrichstraße warten mehrere Menschen auf die S-Bahn. Darunter auch Herr N. und Herr F.. Beide Männer steigen in die S75 Richtung Wartenberg ein. Sie kommen gerade von der Trauerfeier eines gemeinsamen Freundes und unterhalten sich leise. Obgleich ins eigene Gespräch vertieft, sind sie dennoch wachsam. Denn seitdem sie in Deutschland leben, haben die beiden schwarzen Männer aus Kamerun unzählige Arten des alltäglichen Rassismus erfahren müssen.

Nichtsdestotrotz erschrecken sie fürchterlich als der junge Mann, der, mit einer Flasche Bier in der Hand, breitbeinig vor ihnen sitzt, in ihre Richtung brüllt: »Was macht ihr hier, ihr zwei Affen?« und weiter »Affen haben keine Rechte in Deutschland!«.

Herr N. und Herr F. versuchen sich die Erniedrigung, die öffentliche Demütigung und die Angst vor dem, was noch kommen kann, nicht anmerken zu lassen. Sie unterhalten sich also weiter, schauen nicht zu dem grölenden Mann, der sie aber weiter, in voller Lautstärke, beleidigt: »Keiner will euch haben. Ihr habt keine Rechte. Neger! Affen! Warum geht ihr nicht zurück in euer Land?«

In der Hoffnung, eine Eskalation noch verhindern zu können, antworten sie lediglich, sie wollen sich nicht mit ihm unterhalten. Und noch einmal versuchen sie ihr Gespräch fortzuführen. Doch dann steht der Mann auf, tritt bedrohlich auf sie zu und bespritzt sie mit Bier. Herr N. und Herr F. stehen ebenfalls auf, um zu entkommen. Der Täter aber packt Herr N. am Kragen, drückt ihn gegen eine Stange und schlägt auf ihn ein. Herr N. wird verletzt, seine Brille irreparabel zerstört. Herr F. versucht den Angreifer von seinem Freund wegzuziehen, wird aber ebenso geschlagen.

Am Ostbahnhof angekommen, steigt der Täter aus, mit der klaren Absicht zu flüchten. Beide verletzten Männer und einige Zeug_innen verlassen auch den Zug und alarmieren die Polizei. Diese ist schnell vor Ort, erledigt die üblichen Formalitäten und nimmt anschließend Täter und Opfer mit in die Bahnhofswache, wo alle drei von einem Arzt untersucht werden. Nach der ambulanten Versorgung der Wunden fahren Herr N. und Herr F. nach Hause.

Sie haben Angst, Schmerzen, sind entsetzt, aufgeregt und schlaflos. Dieser Zustand wird in der kommenden Zeit fast zur einzigen Konstante in ihrem Leben.

Herr N. kann lange nicht seinen Beruf ausüben; ihm wird schließlich gekündigt. Er bekommt Physiotherapie, hat aber weiterhin

Schmerzen und sucht einen Arzt nach dem anderen auf. Seine vier Kinder betreut er mit seiner Frau und versucht, sie nicht mit seiner Angst zu verunsichern und zu belasten.

Im Laufe der polizeilichen Ermittlung, irgendwann im März 2009, nimmt er mit ReachOut Kontakt auf und wird seitdem von uns beraten und unterstützt. Fast zeitgleich hat er den ersten von vielen Terminen in der Psychologischen Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Wir empfehlen ihm auch eine Rechtsanwältin, die einen Antrag auf Nebenklage stellt. Bevor über diesen überhaupt entschieden wird, wird der Täter nach einem Strafbefehlverfahren zu einer Geldstrafe verurteilt. Auch wenn diese Form des Verfahrens die Opfer überrascht, ist für beide, in diesem Moment, ausreichende Genugtuung, dass im schriftlichen Strafbefehl die rassistischen Beleidigungen und der Angriff auf sie anerkannt werden und der Täter bestraft wird.

Herr F. wohnt nicht in Berlin, seine aufenthaltsrechtliche Situation ist prekär, er braucht und sucht einen Job. Er nimmt noch eine Bürde auf sich und versucht allein mit dem Angriff und mit den Schmerzen, vor allem den seelischen, zu recht zu kommen. Er findet keine Arbeit, muss Deutschland verlassen, verletzt, vertrieben und enttäuscht.

Mit beiden stellen wir einen Antrag auf »Gewährung einer Billigkeitsentschädigung für Opfer rechtsextremistischer Übergriffe« bei dem Bundesamt für Justiz. Beide erhalten eine finanzielle Entschädigung und vor allem damit ein kleines Zeichen der Anerkennung.

Die Schmerzen lassen ein wenig nach, die Angst aber begleitet sie gleichermaßen in der S-Bahn wie im Schlaf.

Maria João Portugal ist Mitarbeiterin von ReachOut



19.09.2009 / Berlin-Wedding / U-Bahnhof Leopoldplatz

Eine 21-jährige Punkerin und ein 20-jähriger Punk werden gegen 2 Uhr am U-Bahnhof Leopoldplatz in der Müllerstraße von einer Gruppe von zehn bis fünfzehn Neonazis angegriffen, geschlagen und mit Reizgas besprüht. Die Polizei nimmt einen 20- und einen 22-jährigen fest.

*Pressemeldung der Polizei, 19.09.2009
 BZ, 19.09.2009
 indymedia, 20.09.2009
 Tagesspiegel, 21.09.2009*

»Kultur« statt »Rasse«

Das Phänomen des antimuslimischen Rassismus

Yasemin Shooman

Vor einiger Zeit erschien Thilo Sarrazins Buch »Deutschland schafft sich ab. Wie wir unsere Zukunft aufs Spiel setzen«. Darin heißt es: »Ich möchte nicht, dass das Land meiner Enkel und Urenkel zu großen Teilen muslimisch ist, dass dort über weite Strecken Türkisch und Arabisch gesprochen wird, die Frauen ein Kopftuch tragen und der Tagesrhythmus vom Ruf der Muezzine bestimmt wird. Ich möchte nicht, dass wir zu Fremden im eigenen Land werden.« Nicht zum ersten Mal machte der Ex-Politiker mit solch dezidiert antimuslimischen Äußerungen von sich reden und handelte sich den Vorwurf des Rassismus ein. Diesen wiesen er und die Publizistin Necla Kelek, die sein Buch im Haus der Bundespressekonferenz vorstellte, mit ähnlichen Argumenten zurück: So sagte Sarrazin, er sei kein Rassist, da sein Buch nur mit dem Merkmal der »Kultur« argumentiere. Und auch Kelek äußerte, es sei absurd, Sarrazin des Rassismus zu bezichtigen, »denn der Islam ist keine Rasse sondern Kultur und Religion.«

Zwar ist Kelek beizupflichten, denn in der Tat stellt der Islam keine »Rasse« dar – doch trägt diese Argumentation nicht weit, denn genauso wenig gehören Schwarze oder Juden einer »Rasse« an, weil es überhaupt keine genetisch unterscheidbaren menschlichen Rassen gibt. Diese Erkenntnis, wonach es sich bei »Rassen«

um soziale und politische Konstrukte handelt, aber vor allem die Erfahrung des Holocausts, führten dazu, dass Rassentheorien nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa – außer bei Rechtsextremen – offiziell auf breite Ablehnung stießen. Damit verschwanden aber keinesfalls rassistische Denkweisen, die Menschen kategorisieren und diese Kategorien mit unterschiedlichen Wertungen versehen. Ausgehend von solchen Anpassungen in der Argumentation wird in der Forschung seit mindestens zwei Jahrzehnten unter dem von Étienne Balibar und Stuart Hall geprägten Schlagwort vom »Rassismus ohne Rassen« eine zunehmende Verschiebung von dem biologistisch argumentierenden Rassismus hin zu einem Neo- bzw. Kulturrassismus diskutiert. Um eine solche Form des Kulturrassismus handelt es sich auch beim antimuslimischen Rassismus. Grundlage ist der Glaube an eine historisch gewachsene sowie unausweichliche Differenz und Hierarchie der »Kulturen«, wobei diese als essentialistische, also als in ihrem Wesen unwandelbare Konstrukte zu verstehen sind. Damit einher geht eine quasi Naturalisierung kultureller Eigenschaften. Hierbei werden bestimmte Merkmale allen Personen einer kulturell definierten Gruppe zugeschrieben, sie wird also als homogen begriffen. Derartige Annahmen rekurren implizit auf einen Kollektivcharakter.

Die von Sarrazin und anderen beklagte Gefährdung des europäischen Zivilisationsniveaus

durch Einwanderung und überdurchschnittliche Vermehrung der vermeintlich unterentwickelten Muslime weist strukturelle Ähnlichkeiten mit den Ängsten vor der Vermehrung »minderwertiger Rassen« auf, wie sie im biologistischen Rassismus existieren. Demnach könne der Fortschritt der Menschheit nur durch die Dominanz der überlegenen »weißen Rasse« sichergestellt werden. In der neorassistischen Meistererzählung ist hingegen die überlegene »westliche Zivilisation« durch die Ausbreitung »fremder« und inkompatibler »Kulturen« gefährdet. In Sarrazins Buch heißt es dazu: »Demografisch stellt die enorme Fruchtbarkeit der muslimischen Migranten eine Bedrohung für das kulturelle und zivilisatorische Gleichgewicht im alternden Europa dar.« Sarrazin geht von einer klar abgrenzbaren islamischen Kultur aus, deren Träger – die Muslime – durch ihre physische Vermehrung zu einer existentiellen Gefahr für die europäische Kultur werden. Konstitutiv für den antimuslimischen Rassismus, wie er im Verhältnis von nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaften und als muslimisch markierten Minderheiten bedeutsam wird, ist eine dichotome Konstruktion von »westlicher«, soll sein »christlich-abendländischer« und »islamischer« Kultur, die einander als statische Entitäten gegenüberstehen und als unvereinbar angesehen werden. Üblicherweise wird bei einer solchen bipolaren Sicht auf »Islam« und »Westen« Letzterer als emanzipativ, aufgeklärt und fortschrittlich beschrieben, während »der Islam« als rückständig, unwandelbar, irrational und gewaltbereit gilt. Womit wir bei einem wesentlichen Aspekt angelangt wären, dass nämlich die Fremddämonisierung häufig mit einer Selbstidealisierung einher geht, die Abwertung des Anderen also der Aufwertung des Eigenen dient.

Im antimuslimischen Rassismus wird die Hybridität und Dynamik kultureller Identitäten ge-

leugnet, stattdessen wird jedes Verhalten von Menschen, die als Muslime markiert sind, auf »den Islam« zurückgeführt. Der argumentative Rückgriff auf die Religion der Muslime wird nicht selten zur Abwehr des Rassismusvorwurfs benutzt, schließlich handle es sich ja lediglich um die Ablehnung eines Glaubens und den dürfe man doch wohl kritisieren, so das Standardargument. Dabei wird der Begriff der Religion in einer ähnlich deterministischen Art und Weise verwendet wie der Kulturbegriff: Aus einer oftmals selektiven und wortwörtlichen Lektüre des Korans werden pauschale Rückschlüsse auf das soziale Verhalten der Muslime gezogen und damit unterstellt, diese seien in ihrem Handeln vorrangig von ihrer Religion bestimmt, und zwar ohne dass eine von Raum und Zeit abhängige Aneignung der religiösen Schriften stattfände. In diesem Zuschreibungsprozess, der auf ein vermeintlich zeitloses »Wesen« des Islam abhebt, aus dem sich das Denken, Fühlen und Handeln jedes Muslims ableiten ließe, wird die Selbstverortung des Individuums ausgeblendet. Zudem treten seine sonstigen Identitäten – die sich z. B. aus dem Geschlecht, dem Alter, der politischen Einstellung, dem Beruf etc. ergeben – zugunsten einer Markierung als Muslim in den Hintergrund. Hierbei können auf der Ebene der sozialen Interaktion sowohl religiöse Kleidung als auch ein bestimmtes Äußeres oder lediglich der Name zum Stigma werden.

Wie bei anderen Formen des Rassismus auch, lässt sich antimuslimischer Rassismus nicht allein als ein Phänomen individueller Einstellungen verstehen. Daneben sind insbesondere all jene Instanzen von Bedeutung, die gesellschaftliches Wissen, sprich Diskurse und mit ihnen Bilder und Stereotype produzieren: die Medien, die Wissenschaft, die Werbung, die Filmindustrie usw. Diese Diskurse werden wiederum auf einer strukturellen bzw. institutionellen Ebene

wirksam, indem sie beispielsweise in Gesetze einfließen oder eine Benachteiligung auf dem Wohnungs- bzw. Arbeitsmarkt und im Bildungswesen generieren.

Die Gründe für die Diskriminierung von Muslimen sind häufig nicht auf ein einziges Merkmal zurückzuführen. Vielmehr findet im antimuslimischen Rassismus eine Amalgamierung von kulturell-religiösen und ethnischen Kategorien statt. Dies zeigt sich sowohl in der synonymen Verwendung der Bezeichnungen »Muslim« und »Türke« oder »Araber«, als auch in einer Islamisierung der Debatten rund um das Thema Integration. Durch die Fokussierung auf den Islam wird dabei der Eindruck zementiert, dass Einwanderer aus Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit und ihre Nachkommen ein primär von der Religion determiniertes Kollektiv seien – was man getauften Menschen wahrscheinlich nicht per se unterstellen würde. Darüber hinaus suggeriert die häufige Gleichsetzung von Muslimen und Zuwanderern, die eine Ethnisierung der Kategorie »Muslim« zur Folge hat, dass das »Muslim-Sein« und das »Deutsch-Sein« etwas Gegensätzliches wären.

Eine wesentliche Funktion des Rassismus liegt darin, dass er Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit regelt. Nicht umsonst heißt es bei Sarrazin: »Ich möchte nicht, dass wir zu Fremden im eigenen Land werden.« – Das imaginierte »wir« von dem er hier spricht, ist ein »wir« der weißen, christlichen Deutschen. Zu diesem »wir« können Muslime aus Sarrazins Sicht per definitionem nicht dazugehören. Es geht beim Rassismus also nicht nur um Abwertung, sondern ebenso um die Wahrung von Privilegien mittels Exklusion. Deshalb artikuliert er sich häufig gerade im Kontext des sozialen Wandels, der durch eine sich vollziehende Integration ausgelöst wird: Es sind ja eben nicht die

Hinterhofmoscheen, die Abwehr hervorrufen, sondern repräsentative Gotteshäuser, die Muslime als im Stadtbild dokumentierte Mitglieder der Gesellschaft ausweisen. Auch entzündete sich kaum Streit an den Kopftüchern von Putzfrauen, während das Streben junger Akademikerinnen mit Kopftuch in den Staatsdienst in Deutschland eine Reihe gesetzlicher Bestimmungen nach sich zog, die solche Karrieren verhindern.

Im Kontext einer durch Einwanderung und Einbürgerung brüchig werdenden »Abstammungsgemeinschaft« wird verstärkt das Merkmal der »Kultur« als neue Grenzmarkierung zwischen Eigenem und Fremdem bemüht (Stichwort Leitkultur). Der Rassismus dient aber nicht nur einer Abgrenzung nach außen, sondern immer auch einer Selbstvergewisserung und Identitätsstiftung nach innen. Das Thema Islam scheint auch auf einer supranationalen Ebene eine besonders integrierende Funktion bei der Anrufung einer gemeinsamen europäischen Identität zu besitzen, wie man am Beispiel der rechtspopulistischen Parteien Europas sieht. Bei sogenannten Anti-Islamisierungskongressen und Anti-Minarettkonferenzen kommen Vertreter der deutschen Pro-Bewegung mit Mitgliedern des belgischen Vlaams Belang, der italienischen Lega Nord und der österreichischen FPÖ zusammen. Die religiös aufgeladene antimuslimische Rhetorik dient ihnen dabei als Modernisierungsstrategie und hat vielfach die Parole »Ausländer raus« abgelöst. Wie Meinungserhebungen des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung belegen, verspüren in Europa aber keinesfalls nur Rechtspopulisten ein Unbehagen angesichts des Vorhandenseins muslimischer Minderheiten: Insgesamt stimmten bei einer aktuellen Untersuchung in acht EU-Mitgliedsstaaten über 44 % der Befragten der Aussage zu, in ihrem Land lebten zu viele Muslime.

Selbst in Ländern, in denen weit weniger als 1 % der Bevölkerung muslimisch ist, wie in Polen oder Ungarn, existiert eine massive Ablehnungshaltung vonseiten der Mehrheitsbevölkerung. Daraus folgt, dass der Rassismus also einerseits auch ohne seine realen Objekte auskommt – und dass es andererseits falsch ist, ihn nur am rechten Rand zu verorten, wie das in Deutschland häufig geschieht.

Neben dem Überfremdungstopos zeichnet sich der antimuslimische Rassismus durch ein Anknüpfen an emanzipative Diskurse aus. Häufig wird die Aversion gegen Muslime beispielsweise mit dem Eintreten für Frauenrechte begründet. In einer Studie des Sozialforschers Andreas Zick konnte jedoch gezeigt werden, dass solche Argumente oftmals nur vorgeschoben sind. In Deutschland stimmten 76,1 % der Befragten der These zu »Die muslimischen

Ansichten über Frauen widersprechen unseren Werten«. Aus demselben Sample der Befragten waren jedoch 52,7 % gleichzeitig der Meinung »Frauen sollten ihre Rolle als Ehefrau und Mutter ernster nehmen«. Es gilt also genau hinzusehen, wenn Menschenrechte ins Feld geführt werden, um die Ablehnung einer Gruppe als Kollektiv zu legitimieren. Denn auch paternalistische Fürsorge, die in einem Erziehungsauftrag gegenüber den »zu Zivilisierenden« mündet, ist ein traditionsreiches Motiv im Repertoire rassistischer Diskurse.

Yasemin Shooman promoviert am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin zum Thema antimuslimischer Rassismus.

Der Beitrag wurde zuerst veröffentlicht in *ak – analyse & kritik* Nr. 555



12.06.2010 / Berlin-Treptow

Um 22.55 Uhr gerät in der Puschkinallee in Alt-Treptow ein homosexuelles Paar in Streit mit drei anderen Männern. Während der Auseinandersetzung wird das Paar homophob beleidigt und körperlich angegriffen. Der 28-Jährige erhält einen Kopfstoß und dem 32-Jährigen wird mit einem Messer in den Rücken gestochen.

- Pressemeldung der Polizei, 13.06.2010*
- Tagesspiegel, 13.06.2010*
- Berliner Zeitung, 13.06.2010*
- BZ, 13.06.2010*
- queer.de, 14.06.2010*
- Berliner Kurier, 14.06.2010*
- indymedia, 14.06.2010*
- Register Treptow-Köpenick*

»Ich bin auch Muslima, aber ich bin keine Terroristin«

Ein Gespräch mit Neuköllner Stadtteilmüttern

Jana Proschek

Der folgende Artikel ist ein Auszug aus dem anregenden Gespräch, das ich mit Neuköllner Stadtteilmüttern im Rahmen ihres Deutschkurses führen konnte. Das Gespräch habe ich aufgenommen, transkribiert und sprachlich leicht überarbeitet. Unsere Fragen basierten auf der Annahme, dass aufgrund des antimuslimischen Diskurses der Alltag für Muslim_innen in Berlin mit Problemen und Diskriminierungen verbunden ist. Uns war es wichtig zu diesem Thema Frauen direkt zu befragen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Perspektive darzustellen und ihre Eindrücke zu schildern.

An dieser Stelle sei den Gesprächsteilnehmer_innen gedankt für ihr Vertrauen und ihre Bereitschaft uns an ihren Erfahrungen teilhaben zu lassen.

Die Neuköllner Stadtteilmütter
Eltern stärken – Kinder fördern

Das Projekt qualifiziert Frauen nicht deutscher Herkunft- vorrangig türkischer oder arabischer Muttersprache- in einem sechsmonatigen Kurs zu zehn Themen der Erziehung, Bildung und Gesundheit. Die ausgebildeten Stadtteilmütter besuchen Familien ihrer Communities in den Quartiersmanagementgebieten Nord-Neuköllns und der Gropiusstadt.

Die Stadtteilmütter erhalten für ihre Tätigkeit ein Honorar und können die Besuche im Rahmen einer Beschäftigungsmaßnahme machen. Die Stadtteilmütter machen die Familienbesuche im Rahmen ihrer Beschäftigungsmaßnahme (30 Std. in der Woche) und es gibt auch Stadtteilmütter, die auf Honorarbasis die Besuche leisten.

Jede Familie wird zehnmal besucht und erhält umfangreiche Informationen und Materialien von der Stadtteilmutter, die zur Auseinandersetzung mit dem eigenen Erziehungsverhalten motivieren und konkrete Anregungen zur Förderung der Kinder sowie Hilfen im Bezirk aufzeigen.

Das Projekt kooperiert vor Ort eng mit den Quartiersbüros, Kindertagesstätten, Schulen, Elterntreffs, Nachbarschaftszentren und Beratungsdiensten der Jugendhilfe. Der Text wurde übernommen aus:

<http://www.diakonisches-werk-berlin.de/html/21-mhi.html>

Weitere Informationen: www.Stadtteilmuetter.de

Denkt ihr, dass es eine antimuslimische Stimmung in Deutschland gibt?

»Persönlich habe ich noch keine Erfahrungen gemacht. Aber generell glaube ich schon, dass es eine antimuslimische Stimmung gibt.«

Woran liegt das?

»Ich denke, dass dies durch die Medien passiert. Die Menschen denken, alle Moslems seien Terroristen und alle Menschen, die an den Is-

lam glauben, seien Terroristen. Es gibt einen Krieg, jedoch nicht gegen Terroristen, sondern gegen Moslems.«

»Diese Stimmung gibt es nicht nur in Deutschland sondern auf der ganzen Welt, auch in der Türkei. Ich bin auch Muslima, aber ich bin keine Terroristin. In Deutschland gibt es eine negative Stimmung gegen muslimische Leute.«

»Der Gruß der Moslems ist: Salam. Das bedeutet Frieden. Der Koran ist auch gegen Terrorismus und Krieg. Ein Moslem ist ein Mensch wie jeder andere, nur die Religion ist eine andere.«

»Manche Leute benutzen unsere Religion, um zu diskriminieren.«

Wie macht sich das in eurem Alltag bemerkbar? Wie äußert sich das in eurem Umfeld?

»Ich bin auch Muslima, aber ich trage kein Kopftuch, deshalb erkennt man das bei mir nicht. Deshalb habe ich nie etwas erlebt. Ich habe aber Freunde mit Kopftuch, die Diskriminierungserfahrungen gemacht haben.«

»Meine Nachbarin wurde in der Karl-Marx Straße von einem Mann, ohne Grund geschupst. Der Mann ist danach einfach davon gelaufen.«

»In Berlin habe ich das noch nie erlebt. In Frankfurt am Main habe ich oft Diskriminierungen erlebt. Als ich in Frankfurt gewohnt habe, haben die Kinder dort nie mit meinen Kindern gespielt. Hier spielen das erste Mal deutsche Kinder mit meinen Kindern. Außerdem schauen die Leute mich in Berlin auch nicht so an. In Frankfurt war das anders.«

»Drei Tage nach dem 11. September stand eine Frau mit Kopftuch an der Bushaltestelle.

Als der Bus kam, hielt er nicht an. Die Frau klopfte daraufhin an die Tür, doch der Busfahrer öffnete die Tür nicht.«

»Mir ist eine ähnliche Geschichte passiert. Ich wollte am Baumschulenweg einsteigen, doch der Busfahrer hat die Tür zugemacht und meinen Fuß eingeklemmt. Ich habe gesagt: »Das ist aber nett von ihnen.« Alle im Bus haben daraufhin gejubelt. Ich habe gar nichts gemacht und meine Kinder waren dabei.«

»Vor 30 Jahren hatte ich oft Angst. Jetzt nach 30 Jahren ist das nicht mehr so. Mein Sohn studiert, meine Tochter ist Apothekerin. Jetzt ist es anders. Die Menschen sagen: »Oh hast du viele Kinder.« [Positiv gemeint.] In der Schule sind die Kinder gut. Ich mache Veranstaltungen in der Moschee und dann lade ich Polizisten, Nachbarn, Kinder und Frauen ein und koche arabisches Essen.«

»Ich habe einen Nachbarn, der mich gefragt hat, ob ich das Kopftuch und die langen Sachen auch zu Hause trage und ob ich damit schlafen würde. Außerdem sagte er, er hätte in der Zeitung gelesen, dass der Islam den Kindern verbietet zur Klassenfahrt zu fahren oder beim Schwimmunterricht teilzunehmen.

Meine Kinder gehen natürlich zum Schwimmunterricht und fahren mit zur Klassenfahrt. Als meine Tochter mit neun Jahren sagte, sie wolle auch unbedingt ein Kopftuch tragen, habe ich ihr erklärt, dass sie zu jung dafür sei. Sobald sie in der sechsten Klasse ist, kann sie dann selbst entscheiden, ob sie ein Kopftuch tragen will oder nicht.«

Wie sind eure Erfahrungen bei der Arbeitssuche oder Wohnungssuche?

»Also, für Ausländer ist es ganz schwer eine Wohnung zu finden. Wenn du dort anrufst und

sie hören, dass du Ausländer bist, ist es ganz schwer. Sie denken dann, du hättest ganz viele Kinder, ganz viel Besuch und wärst laut.«

»Die Tochter einer Freundin hat einen guten Realschulabschluss. Sie sucht nun schon seit längerer Zeit einen Ausbildungsplatz, aber sie findet keinen, weil sie ein Kopftuch trägt.«

»Wir leben doch in Deutschland und wir haben nichts mehr mit dem Land zu tun, aus dem wir oder unsere Familie mal gekommen sind. Wir reden deutsch. Unsere Kinder gehen hier in die Schule. Ich kenne die Politik von Deutschland und nicht aus einem anderen Land. Es gibt zu viele Vorurteile gegen Frauen mit Kopftuch. Wenn Frauen mit Kopftuch eine Arbeit suchen, heißt es, sie seien faul, nur zu Hause und könnten die Sprache nicht sprechen. Die Frauen bekommen kaum eine Chance zu arbeiten. Mein Ansehen ist gestiegen, seitdem ich bei den Stadtteilmüttern arbeite.«

Wurdet ihr oder jemand, den ihr kennt schon mal aufgrund des Kopftuches beleidigt, beschimpft oder körperlich angegriffen?

»Ich bin mal U-Bahn gefahren und eine Frau hat gesagt : »Die Ausländer nehmen uns das ganze Geld weg.« Darauf hin hab ich gesagt: »Ich bin deutsch.« Aber sie antwortete: »Geh zurück in dein Hammam. Du bist Ausländer, Türkin.« Sie hat gefragt, wie viele Kinder ich hab. Ich hab gesagt: »20 Kinder und die sind alle hier. Was willst du von mir?«[[lacht]

»Beschimpft nicht, aber alle fragen so komische Fragen. Zum Beispiel fragen sie mich im Sommer: »Ist es nicht zu heiß mit Kopftuch?« Ich trage mein Kopftuch im Winter und auch im Sommer, weil ich religiös bin. Andere Leute respektieren meine Religion nicht. Ich respek-

tiere alle Religionen. Heiß oder nicht heiß, ich muss mein Kopftuch tragen, ob Sommer oder Winter.«

Hat sich die Situation in der letzten Zeit verändert?

»Ja, sie hat sich verbessert. Es gibt z.B. Dolmetscher_innen in der Schule, für arabisch und türkisch, falls es Probleme gibt. Vieles hat sich auch durch die Arbeit der Stadtteilmütter verbessert.«

»Früher gab es mehr Probleme als heute. Jetzt ist auch das Kopftuchtragen in der Schule erlaubt.«

Es gibt so viele Läden, Cafés jetzt, wie im Libanon, ehrlich. Früher war der Arabischkurs sehr teuer. Jetzt gibt es viele Angebote für die Kinder, damit sie arabisch lernen können.

Wird euch eine bestimmte Persönlichkeit oder ein bestimmtes Frauenbild unterstellt?

»Ja die Leute denken, eine Muslima müsse ein Kopftuch tragen. Aber die islamische Religion ist ein offenes Buch. Der Islam ist auch sehr modern, ich bin sehr modern. Keiner sagt, ich muss ein Kopftuch tragen.«

Eine der Gesprächsteilnehmerinnen fragt eine andere: »Warum trägst du ein Kopftuch? Es gibt so wenige Informationen darüber. Die Leute wissen nicht warum wir Kopftücher tragen. Ich weiß es, aber andere wissen es nicht. Warum trägst du ein Kopftuch, kannst du das sagen?«

»Ich trage ein Kopftuch, weil es im Koran steht. Eine Frau muss ein Kopftuch tragen, sonst ist es Haram, also Sünde. Alle Frauen müssen ein Kopftuch tragen, sonst leben sie in Sünde. Das ist unsere Religion. Das Kopftuch ist keine Fahne für Terrorismus, es ist ein Teil der Religion.«

Denkt ihr, dass Leute glauben, ihr müsst das Kopftuch tragen?

»Ja. Aber ich muss das Kopftuch auch tragen, weil es meine Religion ist und es im Koran steht. Aber nicht, weil meine Familie es will oder mein Mann. Ich muss das Kopftuch tragen sonst ist es Haram.«

»Alle denken, im Islam haben die Frauen keine Rechte und würden gezwungen, ein Kopftuch zu tragen und würden zwangsverheiratet. Das ist aber nicht der Fall. Viele deutsche Frauen und Männer lesen im Koran, lernen über den Koran und viele Deutsche konvertieren dann zum Islam. Weil es eine schöne Religion ist.«

»Menschen denken auch muslimische Frauen dürfen nicht Schwimmen gehen, reiten oder lernen. Das stimmt nicht. Wir können das alles machen, wenn wir wollen.«

»Es gibt auch viele Moslems, die sich nicht an den Koran halten. Zum Beispiel ist Alkohol trinken verboten, aber ganz viele Moslems trinken trotzdem Alkohol.«

Zwei Frauen untereinander:

Ist Rauchen auch verboten? »Nein.« [lacht]

»Aber Augenbrauen zupfen!« [Deutet auf ihre gezupften Augenbrauen.]

»Diese Klischees gibt es, weil die Leute alles glauben, was in der Zeitung steht.«

Fühlt ihr euch integriert?

»Es gibt viele Integrationsmaßnahmen und wir fühlen uns mehr integriert als früher.«

Jana Proschek studiert Sozialpädagogik und war zum Zeitpunkt des Gesprächs Praktikantin bei ReachOut.



28.06.2010 / Berlin-Friedrichshain

In einer Diskothek am Warschauer Platz wird ein 22-jähriger Tourist gegen 3 Uhr wegen seiner israelischen Herkunft von einem Mann beleidigt, gewürgt und ins Gesicht geschlagen. Sein 18-jähriger Begleiter, der zur Hilfe kommt, wird auch geschlagen und mit einem Bierglas beworfen, das ihn jedoch verfehlt. Ein 43-jähriger Mitarbeiter der Diskothek unterstützt den Angreifer und setzt Pfefferspray gegen die beiden jungen Berlinbesucher ein. Sie flüchten mit einem Taxi und werden im Krankenhaus ambulant behandelt.

*Pressemeldung der Polizei, 28.06.2010
Tagesspiegel, 28.06.2010
taz, 29.06.2010*

Spiele(nd) ernst nehmen!

Zum Eliten-Rassismus und dessen Funktion

Sebastian Friedrich

Im Zuge der jüngsten Leistungs-Einwanderungs-Islam-Demografie-Debatte (LEID-Debatte) war nur selten die Rede von Rassismus – noch seltener vom Rassismus der Eliten. Dieser Beitrag widmet sich diesem Phänomen am Beispiel der medialen und politischen Eliten.

Angst! Angst! Angst!

In den aufregenden Tagen nach der Veröffentlichung des wahrscheinlich seit »Mein Kampf« meistverkauften »Sachbuchs« in Deutschland, wurde viel geschrieben und gestritten. Interessanterweise viel über Ängste – Ängste der *weißen* Bevölkerung, die (*endlich*) *wieder ernst genommen werden müssen*. So mahnte beispielsweise die Süddeutsche Zeitung am 4.9.: »Die Parteien müssen lernen, die Sorgen auch der eigenen Anhänger ernster zu nehmen.« Tags zuvor plädierte Wowereit dafür, »Ängste in der Bevölkerung ernst zu nehmen«. Der Tagesspiegel fragte am 13.9. ob »die Sorgen und Ängste vieler Bürger (...) nun auch endlich ernst genommen werden.« Am 9.9. befand der SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Pöß: »Und wir sind gut beraten, die geäußerten Sorgen und Ängste ernst zu nehmen.« Auffällig ähnlich sah es Parteigenossin Nahles. In einem Interview mit der Frankfurter Rundschau erklärte sie: »Viele fühlen sich offensichtlich mit ihren täglichen Erfahrungen und Ängsten alleingelas-

sen.« Das Interview veröffentlichte sie auch auf ihrer Homepage – unter dem geänderten Titel: »Wir müssen die Ängste ernst nehmen.« Um welche Angst es sich handelt, wurde beim Titel der ZDF-Talkshow von Maybrit Illner deutlich. Die Redaktion wählte für die Sendung am 2.9. das Thema »Kampf der Kulturen. Sarrazins Spiel mit der Ausländerangst.«

Diese exemplarischen Äußerungen offenbaren, welches Bild politische und mediale Eliten von der Bevölkerung haben. Es sei ihre Aufgabe, der Bevölkerung die Ängste zu nehmen, damit diese nicht auf dumme Gedanken komme. Denn, so das Implikat, die Bevölkerung sei anfällig für Rassismus, vor allem wenn sie verängstigt sei. Dieser Perspektive liegt ein völkisches Verständnis zugrunde, da mögliche Ängste von Migrant_innen (oder die, die als solche kategorisiert werden) vor Rassismus keine Gewichtung zu haben scheinen. Offensichtlich zählen nur die Ängste der *weißen* Bevölkerung. Auf der einen Seite steht das *weiße* Volk mit seinen vermeintlichen Ängsten, auf der anderen Seite Thilo S., der lediglich mit dieser Angst »spielt«. Mal abgesehen davon, dass bei solchen Erklärungsansätzen Rassismus als Folge von Angst verharmlost wird und Täter-Opfer-Strukturen umgekehrt werden, offenbart sich im Umkehrschluss das Selbstbild von Teilen der Elite. Über eigenen Rassismus muss nicht gesprochen werden. Gibt es etwa keinen Rassismus der Eliten? Und wenn doch, ist dieser keiner Rede wert?

Rassismus und Eliten

Um diese Fragen zu beantworten, bietet es sich an, die Begriffe Rassismus und Elite kurz zu erläutern:

Von Rassismus kann gesprochen werden, wenn Gruppen von Menschen zu einer »Rasse«, einer »Ethnie« und/oder einer »Kultur« konstruiert werden, auf deren Grundlage eine Wertung aus der Perspektive der privilegierten Position heraus vorgenommen wird, die in Richtung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse ausgerichtet ist. Diese Prämissen können zeitlich und örtlich unterschiedlich sein, weshalb es sich – präziser gesagt – um *Rassismen* handelt. Vermittelt werden Rassismen durch Diskurse. Diskurse transportieren rassistisches Wissen durch die Zeit und formieren als geregelte, institutionalisierte Redeweisen Deutungsraaster und sind somit handlungsleitend für Subjekte.¹

Der Begriff Elite ist nur sehr vage zu greifen. Darunter können Gruppen von Menschen gefasst werden, die weitreichende Entscheidungen treffen, grundlegende Konzepte entwickeln und wesentlichen Einfluss auf die Meinungsbildung haben. Darunter fallen beispielsweise führende Politiker_innen, einflussreiche Journalist_innen, maßgebende Intellektuelle und Wissenschaftler_innen sowie mächtige Vertreter_innen der Wirtschaft und Interessensvertretungen. Eliten verfügen ebenso über rassistisches Wissen wie andere Teile der Gesellschaft. Jedoch kommt Eliten durch ihren vergleichsweise leichteren Zugang zu Medien und Politik eine entscheidende Rolle bei der (Re-)Produktion von rassistischem Wissen zu. Sie sind diejenigen, »die die zentralen Politikkonzepte entwickeln, die einflussreichsten Entscheidungen treffen und die die Modalitäten ihrer praktischen Umsetzung kontrollieren.«²

Rassismus ist kein Phänomen, das nur vom gemeinen Fußvolk oder den Subalternen ausgeht, sondern es zieht sich durch die gesamte Gesellschaft und ist wesentlich an ihrer Strukturierung beteiligt. Es handelt sich bei Rassismus nicht um statisches rassistisches Wissen. Der gegenwärtige Rassismus offenbart sich in erster Linie nicht mehr als genetischer Rassismus, sondern als kultureller. Gabriele Dietze spricht angelehnt an Balibar vom »Meta-Rassismus der Eliten«, der sich vor allem in der Leugnung des Rassismus kennzeichne, »da Bildungseliten sich als aufgeklärt und im deutschen Fall zudem als postfaschistisch geläutert verstehen.«³ Hier greift das positive Selbstbild der Eliten, nach dem sie als tolerant, weltoffen und gebildet erscheinen und nichts mit dem Rassismus der »Unterschicht« zu tun haben, der sich überdies an den Rändern der Gesellschaft finde – zum Beispiel in Form des Rechts«extrem«ismus. Laut der aktuellen Ausgabe der Langzeituntersuchung »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« nimmt die Zustimmung zu Etabliertenvorrechten und Islamfeindlichkeit jedoch besonders bei den höheren Einkommensschichten deutlich zu. Aber auch »Fremdenfeindlichkeit«, Rassismus, Sexismus und die Abwertungen von Langzeitarbeitslosen, Obdachlosen und Homosexuellen steigt in höheren Einkommensgruppen, während die Zustimmungswerte in den anderen Einkommensgruppen stagnieren oder sinken. Die Forscher_innen deuten in den Interpretationen der empirischen Ergebnisse den Zusammenhang zwischen einer »rohen Bürgerlichkeit« und den Elite-Diskursen an, die höhere Einkommensgruppen »angefeuert« hätten.⁴

»Nützliche« Funktion von Eliten-Rassismus

Eliten spielen als (Co-)Produzenten rassistischer Diskurselemente durch ihre Stellung in der Gesellschaft eine gewichtige Rolle. Abschließend sollen einige vorläufigen Gedanken

zu den Funktionsweisen von Eliten-Rassismus angedeutet werden.

(1) Vor dem Hintergrund der Erlassung von Gesetzen und Abschiebungen von Roma in/ aus Frankreich geht Jacques Rancière von einem »kühl kalkulierten Rassismus« aus, der vor allem ein Erzeugnis des Staates sei. Durch die sinkenden Möglichkeiten, den Auswirkungen des freien Kapitalverkehrs etwas entgegenzusetzen, bleibe insbesondere der Personenverkehr als Einflussbereich des Staates übrig. Um die eigene Existenz zu legitimieren, werde als Ziel die Sicherheit ausgegeben.⁵ Sicherheitsbedürfnisse setzen jedoch Bedrohungsszenarien voraus. Die Funktion der sicherheitsbedrohenden Subjekte erfüllen unter anderem (vermeintliche) Migrant_innen. Wie Bedrohungsszenarien konstruiert werden, lässt sich in Deutschland beispielsweise bei Besuchen von Flughäfen und Bahnhöfen in Zeiten der Terrorangst beobachten – oder bei Reportagen und Diskussionen um Ehrenmorde, Verfassungsfeinde, Parallelgesellschaften etc.. Die Feindbildproduktion formiert sich jedoch diskursiv, nicht über »tonangebende« Subjekte. Insofern kann weniger von einem Kalkül ausgegangen werden, sondern von einer Struktur.

(2) Eine andere Funktion besteht in der Spaltung von Protestpotential. Thilo S. führt seinen Feldzug nicht allein gegen muslimische Migrant_innen, sondern gegen alle Personen, die nach seinem Leistungsempfinden nichts zur Gemeinschaft beitragen. Dennoch erhalten die Thesen auch Unterstützung bei den Gruppen, die potenziell betroffen sind. Der rassistische Anteil der Aussagen in der LEID-Debatte kann zu einer Spaltung jener Gruppen führen, die in unterschiedlicher Weise von Unterdrückung betroffen sind. Durch die Stützung herrschender Ausgrenzungsdiskurse werden mögliche Räume für Solidaritäten durchbrochen. Frei

nach dem Motto: »Ich verdiene zwar kaum was, aber arbeite wenigstens hart für mein Geld – im Gegensatz zu den Hartz IV-Empfängern oder den Ausländern.«

(3) Thilo S. erfährt sowohl von extrem Rechten wie der NPD als auch von Bürger_innen der vermeintlichen »Mitte der Gesellschaft« und Eliten Zustimmung. Exemplarisch erwähnt sei der Neo-Aristokrat Peter Sloterdijk, der sich bereits Ende 2009 für Thilo S. einsetzte. Im Cicero (11/2009) imaginierte Sloterdijk in Bezug auf Kritiken an Thilo S. eine deutsche »Meinungs-Besitzer-Szene«, die sich in einen »Käfig voller Feiglinge« verwandelt habe. Eine »Epidemie des Opportunismus« drücke sich in einer »Sklavensprache« aus, die »Wahrheit« mit Existenzvernichtung bestrafe. Erst kürzlich sprang Sloterdijk im Spiegel (45/2010) nochmals Thilo S. zur Seite – wenn auch nur in einem Nebensatz. Thilo S. habe »unter Aufbietung ausführlicher Beweise Unstimmiges in der deutschen Zuwanderungspolitik« aufgedeckt. Dabei trüge S. »Tatsachen« vor, »die ohne genetische Begründungsversuche solider dastehen als mit diesen.« Die gegenseitige (Unter-)Stützung in weiten Teilen der Elite zeugt von einem bestehenden Klassenbewusstsein. Sloterdijk kann als eine der vielen Wegbereiter für die LEID-Debatte bezeichnet werden. Seit einiger Zeit geistert er durch die Feuilletons, um für die »Leistungsträger« zu werben, die von den »Unproduktiven« ausgebeutet werden. Zwar teilt Sloterdijk offensichtlich nicht den genetischen Rassismus von Thilo S. (was angesichts früherer Schriften Sloterdijks, z. B. zum Menschenpark, durchaus überrascht), unterstützt ihn aber dennoch, da das Gemeinsame überwiegt: Die Fütterung des Ungleichheitsdiskurses. Dadurch sollen Teile der Gesellschaft ausgegrenzt werden, die im Sinne neoliberaler Leistungslogik keinen Mehrwert mehr produzieren (können). Davon

sind nicht nur (vermeintliche) Migrant_innen betroffen, sondern auch Hartz-IV-Empfänger_innen, Leiharbeiter_innen etc. Jedoch fallen rassistische Positionen im Selbstverständnis der *weißen* Mehrheitsgesellschaft aufgrund rassistischer Diskurse auf fruchtbaren Boden. Schließlich geht die Ethnisierung des Sozialen Hand in Hand mit dem verbreiteten Wunsch der Eliten nach der zunehmenden Ökonomisierung des Sozialen.

Sebastian Friedrich, Jg. 1985, studiert Sozialpädagogik an der Evangelischen Hochschule in Berlin und veröffentlicht als freier Autor für verschiedene Publikationen. Er ist ehemaliger Praktikant und gelegentlicher Mitarbeiter von ReachOut.

Verwendete Literatur

1 Diskursbegriff ist angelehnt an Jäger, Margarete/Jäger, Siegfried (2007): Deutungskämpfe. Theorie und Praxis kritischer Diskursanalyse, Wiesbaden, S. 23,

und Link, Jürgen (2006): Diskursanalyse unter besonderer Berücksichtigung von Interdiskurs und Kollektivsymbolik, in: Keller, Reiner/Hirsland, Andreas u. a. (Hg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden, S. 410.

2 Van Dijk, Teun (1992): Rassismus heute: Der Diskurs der Elite und seine Funktion für die Reproduktion des Rassismus, in: Rassismus und Migration in Europa. Beiträge des Hamburger Kongresses »Migration und Rassismus in Europa« (1990), Hamburg, S. 291.

3 Dietze, Gabriele (2009): Okzidentalismuskritik. Möglichkeiten und Grenzen einer Forschungsperspektivierung, in: Ditzte, Gabriele/Brunner, Claudia/Wenzel, Edith (Hg.): Kritik des Okzidentalismus. Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo-)Orientalismus und Geschlecht, Wiesbaden, S. 32.

4 http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Pressehandout_GMF_2010.pdf (Zugriff am 07.12.2010)

5 Rancière, Jacques (2010): Der Rassismus geht von oben aus. In: Analyse und Kritik Nr. 555 (November 2010). S. 11.



12.05.2008 / Berlin-Hohenschönhausen

Ein 10-jähriges Mädchen wird gegen 19.30 Uhr auf einem Spielplatz in der Vincent-van-Gogh-Straße von einer 30-jährigen Frau rassistisch beleidigt und zweimal mit der Faust gegen den Kopf geschlagen. Vorausgegangen ist ein Streit unter Kindern.

Pressemeldung der Polizei, 13.05.2008
Berliner Zeitung, 13.05.2008
Berliner Morgenpost, 14.05.2008
Berliner Kurier, 14.05.2008
Tagesspiegel, 14.05.2008

»Sie wollte, dass andere davon erfahren«

Ein Angriff in Berlin-Spandau

Maria João Portugal

An jenem Mittag im April 2010 hatte sich Frau M. vor der Tür des Rathauses in Spandau mit Freund_innen verabredet. Sie kam etwas früher und entschloss sich deshalb kurz über den Markt zu flanieren.

Kurz vor 12:00 Uhr stand sie wieder vor dem Rathaus. Diesmal aber, um den Menschenverkehr auf dem Gehweg nicht zu behindern, blieb sie zwischen zwei Imbissstischen stehen. Diese, zusammen mit zwei weiteren, gehörten zu einem Fischimbiss, dem letzten Stand auf dem Markt. Sieben ältere Menschen standen an den Tischen. Es war sehr kalt, doch genau dort wo sie stand, schien die Sonne. Also blieb sie, wartete und schaute sich nach ihnen, inzwischen etwas verspäteten, Freund_innen um.

Sie merkte zwar wie diese älteren Menschen sie beobachten, ja, sie sogar anstarrten, doch sich damit beschäftigen, wollte sie nicht. Sie wartete bloß auf ihre Freund_innen....

Plötzlich trat ein Mann aus der Gruppe gegen ihre linke Wade. Überrascht sah sie ihn an, wollte ihn nach dem Grund für diesen Tritt fragen. Doch sie schaute in ein Gesicht voller Hass und Wut, das sie noch mehr verunsicherte und beängstigte. In diesem Moment schlug eine Frau aus der Gruppe mit der Faust gegen

ihre Schulter und sagte, gehässig und feindselig: »Verswinde!«

Einen kurzen Augenblick lang, überlegte sie sich zu wehren, doch die Angst davor, dass diese oder andere Menschen aus der Gruppe sie weiter misshandeln oder sie sogar arglistig als Angreiferin bei der Polizei anzeigen könnten, lähmte sie.

Verwirrt und hilflos, aber auch wütend, flüchtete sie vor weiteren Schlägen in das Rathaus.

Von dort aus rief sie sofort eine ihrer Freund_innen, die immer noch nicht erschienen waren, an. Sie klang zwar nervös und ungeduldig, erzählte aber nicht was geschehen war. Dies tat sie, sobald sie sich endlich im Rathaus trafen. Ihre Freund_innen wollten unverzüglich die Polizei rufen und gemeinsam nach den Angreifer_innen suchen.

Leider waren die Menschen aus der Gruppe inzwischen verschwunden, so dass sie, ohne Täter_innen, sich dagegen entschloss, die Polizei zu informieren.

Frau M., Mitte 40, stammt aus Ecuador, lebt und arbeitet seit langem in Berlin. Diskriminierung und Rassismus hatte sie im Alltag schon erfahren: Da war einmal ein Blick, dort ein Schimpfwort, mal auch eben keine Antwort, der neben ihr leerbleibende Sitzplatz in der überfüllten S-Bahn. Doch bisher musste sie

noch keine physische Gewalt erfahren und schon gar nicht aus einer Gruppe älterer Menschen heraus, bei denen sie nicht mal die Kraft dazu vermutete. Diesmal gab es zwar keine offen ausgesprochene rassistische Beleidigung, doch Frau M. spürte und wusste sofort, dass diese Menschen sich an ihrer Haar- und Hautfarbe störten.

Lange haderte sie mit dem Erlebten, versuchte es förmlich zu verdrängen, doch die Angst, jetzt vor allem vor älteren Menschen, wird zu ihrem ständigen Begleiter. Aus ihrer nächsten Umgebung erfuhrt sie zwar wenig Unterstützung, dafür aber von einem Freund, dem sie sich öffnete. Dieser erzählte ihr von der Thera-

piegruppe »Leben nach dem Trauma« (Ende 2008 im Rahmen der Psychologische Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt gegründet), zu der sie bald eingeladen wurde.

Kurz darauf vereinbarte sie ihren ersten Termin in unserer Beratungsstelle und Frau M. hatte einen ganz konkreten Auftrag an uns: Sie wollte einfach nicht mehr dazu schweigen, sondern dass andere davon erfahren; sie wollte und konnte sich jetzt wehren.

Maria João Portugal ist Mitarbeiterin von ReachOut



02.06.2008 / Berlin-Weißensee

Ein 27-jähriger Serbe und seine Frau holen gegen 12.30 Uhr ihre Kinder aus einer Kindertagesstätte in der Gounodstraße ab, als sie von drei Unbekannten angepöbeln werden. Sie ignorieren dies und gehen zur nahegelegenen Kaufhalle. Dort wird der dunkelhäutige Mann durch das Trio angegriffen, geschlagen und gewürgt. Die 26-jährige, schwangere Frau wird geschlagen, als sie ihrem Mann helfen will. Die Täter fliehen.

Pressemeldung der Polizei, 02.06.2008

Berliner Morgenpost, 03.06.2008

Tagesspiegel, 02.06.2008

Berliner Kurier, 03.06.2008

Frauen und Homosexuelle im *Clash of Civilizations*

Mit Rassismus gegen Sexismus und Homophobie?

Koray Yılmaz-Günay

Rassismus ist in Deutschland ein Phänomen, das gern der politischen Rechten, wenn nicht den Rechtsextremen zugeschrieben wird. Als Erklärung halten in aller Regel eine mangelhafte »Aufklärung« über kulturelle Verschiedenheit oder negative Erfahrungen von Einzelnen her. Dass es sich dabei um ein Unterschichten-Phänomen handelt, ist ausgemacht. Statt von »Rassismus« spricht die Allgemeinheit immer noch lieber von »Ausländer_innen-« oder »Fremdenfeindlichkeit« und deutet diese streng individuell. Strukturelle Ebenen bleiben außer Betracht. Seit Jahr und Tag gibt es die zwanzig Prozent der Bevölkerung, die ein verdichtetes Weltbild haben, in dem ein Gemisch von Ungleichheitsideologien zum Einstellungs-Repertoire gehört. Feminist_innen sowie Lesben und Schwule gehören zum Feindbild dieser Menschen, weil unter anderem die Gleichberechtigung unterschiedlicher Geschlechter und sexueller Orientierungen den Kern des Weltbildes gefährdet, nach dem Gruppen von Menschen nicht nur verschieden, sondern auch unterschiedlich viel wert zu sein haben.

So war es auf den ersten Blick verwunderlich, als die Frauenrechtlerin Seyran Ateş forderte: »Männer, die einen gesicherten Aufenthaltsstatus haben und ihre Frauen schlagen, sollten mit ausländerrechtlichen Folgen rechnen müs-

sen. Das heißt, deren Status sollte überdacht werden, ohne sie gleich auszuweisen«¹ – oder ein Vertreter des Lesben- und Schwulenverbandes gar vor der »Überfremdung« von Innenstädten und »veränderten Mehrheiten« warnte.² Es scheint, dass die meinungsbildende Elite dieser doch emanzipatorischen sozialen Bewegungen sich aus Sorge um ihre Errungenschaften in ein Fahrwasser begibt, das eher dem europaweit grassierenden Rassismus dient als der Gleichberechtigung benachteiligter Gruppen. Wie geht das »Unbehagen«³, das Alice Schwarzer in diffuser »Wir«-Form formuliert, einher mit dem Kampf für eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Gewalt?

»Kampf der Kulturen«

Populäre Schlagwörter haben die Eigenschaft, schnell in Vergessenheit zu geraten, wenn neue Realitäten andere Lösungen notwendig machen. Der sogenannte »Kampf der Kulturen« hat eine Karriere hingelegt, die ihn zur exzellenten Ausnahme von dieser Regel macht. Als Samuel Huntington 1993 die These aufstellte, der Zusammenprall von »Kulturen« werde die Weltpolitik im neuen Jahrtausend bestimmen, war der West-Ost-Konflikt gerade erst zu Ende. Ideologie, so schien es, schied ab sofort als internationale Auseinandersetzungslinie aus, wie es auch Politik und Wirtschaft taten. Es mussten neue Blöcke her, die in *überzeugender Weise* gegeneinander stehen. Trotz bestehender Anknüpfungspunkte musste daran aber erst einmal gearbeitet werden, denn

bis Ende 90er Jahre leuchtete diese These noch niemandem auf Anhieb ein. Rückblickend wird sichtbar, dass die Überzeugungsarbeit erfolgreich geleistet worden ist. Alle Auseinandersetzungen, die zwischen dem »westlichen« und dem »chinesischen« Kulturkreis sowie dem »Westen« und der »islamischen Welt« prognostiziert worden sind, bestimmen die medialen Debatten über die Weltwirtschaft (China) und »kulturelle«/»religiöse« Verschiedenheit auf internationaler wie auf deutscher Ebene (»islamische Welt«/»die Muslime«).

Die Rechte von Frauen und von Homosexuellen haben in diesem Zusammenhang eine bemerkenswerte Aufwertung erfahren. Ungeachtet aller Tatsachen wurde ein »Wir« konstruiert, das in seiner Inszenierung als kollektive Identität wie selbstverständlich Sexismus und Homophobie ausgelagert hat. Sätze, die die Wörter »westlicher Lebensstil«, »unsere Kultur/Werte« beinhalten, erklären sich heute von selbst. Dass Frauen nach wie vor für dieselbe Arbeit ein Viertel weniger verdienen und zu Zehntausenden von häuslicher Gewalt betroffen sind oder dass der Arbeitsmarkt nachwievor im Wesentlichen den Männern Zugang und Aufstiegschancen ermöglicht, dass homosexuelle Jugendliche wesentlich höhere Selbstmordversuchsraten haben, dass die eingetragene Lebenspartnerschaft nach wie vor ein Zweite-Klasse-Institut ist, dass gleichgeschlechtliche Lebensweisen, wenn überhaupt, nur im Biologie-Unterricht vorkommen – das alles muss das neue »Wir« nicht kümmern. Es reicht, dass einzelne Frauen und Homosexuelle die Gelegenheit bekommen, in den oberen Etagen mitzuspielen. Wenn der Preis dafür eine General-Amnesie im Bezug auf die unwirtliche Vergangenheit und Ignoranz gegenüber gesellschaftlicher Ungleichheit heute ist, scheinen weite Teile der Reste von Frauen- und Homosexuellenbewegung bereit, ihn zu zahlen.

Sexismus und Homophobie als Schicksal

Migrant_innen heißen jetzt nur noch »Muslime« und werden dafür verantwortlich erklärt, dass mit ihnen die vermeintlich überkommenen Phänomene Frauen-, Lesben- und Schwulenfeindlichkeit wieder in »unser« Land »zuwandern«. Wie auf der internationalen Ebene gilt dies spätestens seit dem »Muslim-Test« in Baden-Württemberg (2006) auch für die bundesrepublikanische Debatte: Die Rechte von heterosexuellen Frauen und der Umgang mit Lesben und Schwulen sind zu Gradmessern für Modernität und Zugehörigkeit zu einer Wertegemeinschaft geworden, die trotz des Endes des West-Ost-Konflikts mit »der Westen« umschrieben wird.

Nicht nur im Fall Afghanistans gehörte neben dem islamistischen Terror die Situation von Frauen explizit zu den Gründen, warum eine militärische Intervention genau dieses Westens unabwendbar schien. Wie einst bei der Kolonisation des größten Teils der Welt war ein »zivilisierter« Umgang mit dem weiblichen Teil der Bevölkerung ein hervorragender Vorwand, um dem männlichen Teil der Bevölkerung die eigene Herrschaft aufzuzwingen.

Nicht anders verhält es sich mit Bevölkerungsteilen, die auf unabsehbare Zeit »mit Migrationshintergrund« bleiben werden. Nach entsprechender Schützenhilfe von Schwulenorganisationen⁴ und Verteidiger_innen von Frauenrechten, die wegen Zwangsverheiratungen, Verschleierungs-Zwang und so genannter »Ehrenmorde« heute öfter denn je in der Presse stehen, gilt seit etwa Ende 2004 als abgemacht: Es steht nicht zum Besten um die sexuelle Selbstbestimmung bei den »Muslimen«. Spätestens mit dem Mord an dem niederländischen Regisseur Theo van Gogh waren in Deutschland aus den »Türk_innen«, »Araber_innen« etc. »die Muslime« gewor-

den. Gemeinsam mit dem Bekenntnis zu einem »christlich-jüdischen Abendland«, das ohne die Erinnerung an Pogrome und Vernichtung auskommt, gehört seitdem die Abwehr vom Sexismus und Homophobie zum Kernbestand des bundesrepublikanischen Wertekanons – wie diese gleichzeitig als Wesensmerkmal »des Islam« und als Verhaltensrepertoire »der Muslime« unumstößlich im Raum stehen. Dass Homophobie seitdem – wie vorher schon Sexismus – vor allem auf körperliche Gewalt von Individuen gegen Individuen reduziert wird, die jenseits gesellschaftlicher und staatlicher Strukturen »kulturbedingtes« Schicksal vor allem einer Bevölkerungsgruppe ist, versteht sich von selbst.

Teile und herrsche

Dass dies mit der faktischen Wirklichkeit in Deutschland nicht viel zu tun hat, zeigte die Debatte um die Ergänzung des Grundgesetz-Artikels 3. Die Forderung, den Antidiskriminierungskatalog der Verfassung um das Merkmal »sexuelle Identität« zu ergänzen, scheiterte mit dem Hinweis der Bundesregierung auf »die Muslime«, denen es dann schwerfiel, sich zu »integrieren«. Die Tendenz, benachteiligte Gruppen gegeneinander in Stellung zu bringen, um mit kleinen Zugeständnissen das große Ganze bestehen zu lassen, scheiterte 2010 aber zum ersten Mal öffentlichkeitswirksam: »Die Verfolgung und Diskriminierung von Homosexuellen findet keine islamische Rechtfertigung. Ein umfassender Diskriminierungsschutz in der Verfassung für alle Menschen ist für das friedliche Zusammenleben in Deutschland notwendig«, verlautbarte der Generalsekretär des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek.⁵

Als wenig später die Philosophin und Queer- und Gender-Theoretikerin Judith Butler den Zivilcourage-Preis der Berliner CSD e.V. ablehnte, indem sie auf die Komplizenschaft von Tei-

len der Szene mit außenpolitischer Militarisierung und rassistischer Mobilmachung gegen Muslime im Inland hinwies, geriet die sicher geglaubte Hierarchie der Minderheiten vollends in Unordnung. Seitdem bewegt sich der hegemoniale Diskurs innerhalb queerer, aber auch feministischer Kreise wieder weg von identitären Konstruktionen (»Wer bin ich?«) hin zu einem »Wo stehe ich?«.

Der Fokus auf *gesellschaftliche Verortetheit* wird es ermöglichen, gemeinsam gegen Diskriminierung vorzugehen, ohne sich in eine »Opfer-Konkurrenz« zu begeben. Es kann nicht darum gehen, Homophobie und Sexismus unter Muslimen unter den Teppich zu kehren oder sich mit Lippenbekenntnissen zufriedenzugeben, die gut in der Presse, aber nicht im Alltag funktionieren. Wir müssen verstehen, wann, wie und vor allem zu welchem Zweck Frauen-, Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit zu Argumenten in einem rassistischen Diskurs werden. Die Überwindung von Sexismus und Homophobie kann sinnvoll nur als antirassistischer Kampf geführt werden.

Koray Yılmaz-Günay ist freier Publizist in Berlin. Seine Schwerpunkte liegen auf Diskriminierung und Antidiskriminierung (insbesondere Homophobie, Rassismus und Antisemitismus) sowie auf den Überlappungen einzelner Diskriminierungsformen und ihrer Verwobenheit mit den Geschlechterverhältnissen. Kontakt: Koray@Yilmaz-Gunay.de.

- 1 Barbara Seid: *Seran [sic!] Ateş – eine türkische Alice Schwarzer*. In: Klartext. Zeitung der PDS in Friedrichshain-Kreuzberg 4 (2005), Seiten 3–4.
- 2 Dirk Ruder: »Deutschland« soll helfen. *Sperrbezirk Autowerkstatt: Zu seinem 20. Geburtstag gab sich der LSDV ein neues Programm*. junge Welt Nr. 89, 17./18. April 2010.

- 3 So etwa in der EMMA Winter 2010: *Alice Schwarzer über das Schweizer Minarett-Verbot: Solange wir nicht über das Unbehagen offen reden, schlägt die Stunde der Populisten* (http://www.emma.de/index.php?id=minarett_verbot_schweiz_2009_12_07, eingesehen: 8. Dezember 2010).
- 4 So zum Beispiel: »*Schluss mit Diskriminierung und Gewalt. LSVD: Migranten müssen Verhältnis zu Homosexualität klären.* LSVD Pressedienst, Info 29/03 vom 18. Juli 2003.
- 5 Zentralrat der Muslime: *Zentralrat der Muslime wehrt sich gegen Instrumentalisierung von Muslimen gegen Homosexuelle.* Pressemitteilung vom 10. Mai 2010. Barbara Seid: *Seran [sic] Ates – eine türkische Alice Schwarzer.* In: Klartext. Zeitung der PDS in Friedrichshain-Kreuzberg 4 (2005), Seiten 3–4.



27.06.2009 / Berlin-Kreuzberg

Am U-Bahnhof Schlesisches Tor werden Teilnehmer und Teilnehmerinnen des transgenialen CSD von einer Gruppe von fünf bis sechs Männern, unter denen ein bekannter Sänger ist, homo- und transphob beleidigt. Aus der Gruppe heraus heraus wird eine Glasflasche auf die Demoteilnehmer_innen geworfen. Die Männer werden von der Polizei weggeführt.

Gladt (Gays & Lesbians aus der Türkei)

Hate Crime

Kritische Reflektion eines Konzepts

Timo Lange

Seit einigen Jahren wird in Deutschland über Hasskriminalität diskutiert. Das aus den USA stammende Konzept »Hasskriminalität« – *hate crime* im Englischen – soll eine besondere Form von Gewaltkriminalität beschreiben: Gewalt, die sich nicht nur gegen eine bestimmte Person oder Sache richtet, sondern stellvertretend gegen eine ganze soziale Gruppe. Der US-amerikanische Kongress definierte ein *hate crime* dementsprechend als eine Straftat, bei der der/die Täter_in ein Opfer (oder Eigentum des Opfers) vorsätzlich auf Grund der tatsächlichen oder wahrgenommenen »race, color, religion, national origin, ethnicity, gender, disability, or sexual orientation«¹ des Opfers auswählt. Ein solcher Angriff zielt auf die soziale Identität des Opfers und diejenige soziale Gruppe, die mit dieser Identität korrespondiert. Straftaten dieser Art haben einen Botschafts- und Symbolcharakter und gefährden den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft mehr als andere Straftaten. Um dieser besonderen Bedrohung staatlicherseits zu begegnen, wurde in den USA bereits seit den frühen Neunziger Jahren *hate crime* als Straftatbestand in das Strafrecht integriert.² Die US-amerikanische Hasskriminalitätsgesetzgebung wurde seither stetig erweitert, zuletzt umfassend durch den *Matthew Sheppard and James Bird, Jr. Hate Crimes Preventions Act* von 2009.³ Dieses Ge-

setz hat u. a. die Liste der geschützten identitären Kategorien um »Geschlecht«, »sexuelle Orientierung« und »geschlechtliche Identität« erweitert und ruft das FBI dazu auf, auch *hate crimes* gegen Transsexuelle statistisch gesondert zu erfassen.

Auch in Deutschland führt das Bundeskriminalamt im Rahmen des Definitionssystems Politisch Motivierte Kriminalität (PMK) eine gesonderte Statistik über Straftaten, die dem »Themenfeld Hasskriminalität« zugeordnet werden. Hasskriminalität bezeichnet für das BKA »politisch motivierte Straftaten, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person gerichtet sind, wegen ihrer Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Herkunft, äußeren Erscheinungsbildes, Behinderung, sexuellen Orientierung, gesellschaftlichen Status und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht, bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet.«⁴

In Deutschland kreist die bisher vornehmlich von Strafrechtler_innen und Kriminolog_innen geführte Debatte vor allem um das Instrument der Strafmaßerhöhung (Freiheits- statt Geldstrafen, Aussetzung von Bewährungsstrafen), wobei insbesondere Jugendliche als potentielle Täter_innengruppe gesehen werden. Entsprechende Bundesratsinitiativen von Bran-

denburg und Mecklenburg-Vorpommern bzw. Sachsen-Anhalt in den Jahren 2000 und 2007 waren jedoch nicht erfolgreich.

Für eine Hasskriminalitätsgesetzgebung nach US-amerikanischem Vorbild sprechen mehrere Punkte:

1. Gerichte und Ermittlungsbeamte könnten dazu verpflichtet und entsprechend geschult werden, im Einzelfall zu prüfen und gesondert zu ermitteln, ob ein Hassverbrechen vorliegt. Gegenwärtig sind Ermittlungsbeamte und Richter_innen oft nicht in der Lage oder Willens, die besondere Qualität eines bspw. rassistischen oder homophoben Angriffs zu erkennen und im Urteil entsprechend zu würdigen.
2. Ein höheres Strafmaß verspricht einen zusätzlichen Abschreckungseffekt.
3. Symbolisch kann durch eine solche Gesetzgebung ausgedrückt werden, dass Hasskriminalität auf Grund ihrer gravierenden gesellschaftsbedrohenden Qualität besonders intensiv bekämpft und verfolgt wird.

Jedoch sind diese Punkte zumindest zum Teil nicht unumstritten. Ob es tatsächlich einen abschreckenden Effekt bei höheren Strafen gibt, wird in Teilen der kriminologischen Forschung durchaus bezweifelt.⁵ Zudem ist es auch schon heute möglich, bei der Strafmaßzumessung nach § 46 StGB »die Beweggründe und Ziele des Täters« und die »Gesinnung, die aus der Tat spricht« zu berücksichtigen und spezielle Schulungen für Ermittlungsbeamte ließen sich z. B. auch ohne neue Gesetze durchführen.

Auf einer abstrakten Ebene kann an dem Konzept »Hasskriminalität« kritisiert werden, dass die Beziehungen zwischen den über Gegen-

sätze (wie hetero-/homosexuell, gesund/behindert, *Weiß/Schwarz*⁶) definierten sozialen Gruppen als prinzipiell konflikthaft aber machtfrei beschrieben werden. So macht es juristisch nach einer solchen Gesetzgebung keinen Unterschied, ob ein PoC (People of Color) aus rassistischen Motiven angegriffen wird oder ob eine *Weiß*e Person aus »deutschenfeindlichen«⁷ Gründen attackiert wird. Diese Gleichsetzung führt z. B. im Fall von rassistischer Gewalt zur Ausblendung der Verbindung zwischen struktureller Diskriminierung, rassistischen Diskursen und Ideologien und direkter, physischer Gewalt. Rassistische und andere Formen von identitätsbezogener Gewalt werden so als rein individuelles Fehlverhalten gedeutet, das es zu verhindern bzw. zu kurieren gelte. Die überindividuelle, gesellschaftliche Dimension von Rassismus oder Homophobie geht dabei verloren. Die Zusammenfassung aller identitätsbezogener Gewalttaten unter den psychologisierenden Oberbegriff Hasskriminalität⁸ trägt somit zur Entpolitisierung rassistischer Gewalt bei: Während die klare Benennung rassistischer oder homophober Gewalt als eben solche die besondere Geschichte und Situation der jeweilig betroffenen Gruppen ebenso mit einbezieht wie die Machtbeziehungen, die ihren Ausdruck in rassistischen oder homophoben gesellschaftlichen Praxen finden, verschwindet dieser kritische Moment hinter dem Begriff Hasskriminalität. Formen identitätsbezogener Gewalt, wie rassistische Gewalt, werden nicht im Zusammenhang mit gesamtgesellschaftlichen Problemlagen beschrieben, sondern als isolierbares, eingrenzbares Phänomen. In der Folge sind Hasskriminalitätsgesetze eben kein Instrument zum besonderen Schutz gesellschaftlich marginalisierter Gruppen. Dies mag mit ein Grund sein, warum es in Deutschland keine breite emanzipatorische Bewegung gibt, die sich für eine Hasskriminalitätsgesetzgebung einsetzt.

Besonders fragwürdig erscheint zudem die in Deutschland festzustellende Tendenz, auch »politische Orientierung« als Kategorie in eine Hasskriminalitätsgesetzgebung zu integrieren sowie die enge Verknüpfung zum Bereich der Terrorismusbekämpfung. Es besteht die Gefahr, dass politischer Protest und Widerstand durch eine solche Gesetzgebung weiter kriminalisiert und verstärkt Objekt staatlicher Repression wird.

Timo Lange (Dipl.-Pol.) ist freiberuflicher Dozent und Trainer in der politischen Bildungsarbeit mit den thematischen Schwerpunkten Migration, Rassismus, Critical Whiteness und Lobbyismus. ReachOut lernte er 2007 durch ein Praktikum kennen.

- 1 103th Congress.Violent Crime Control and Law Enforcement Act of 1994, SEC. 280003 [Übers. d. A.].
- 2 Bereits in den Sechziger Jahren stellte der US-Kongress von Vorurteilen motivierte Gewalt unter besondere Strafverfolgung, allerdings nur, wenn diese Gewalt während der Ausübung bestimmter Aktivitäten stattfand. Zu diesen »staatlich geschützten Aktivitäten« zählt z. B. der Gang zur Wahlurne oder das Besuchen einer öffentlichen Schule.
- 3 Benannt wurde das Gesetz nach Matthew Sheppard, einem homosexuellen Studenten, der 1998 gefoltert und brutal ermordet wurde, und James Bird, Jr., einem Schwarzen Texaner, der ebenfalls 1998 von drei Weißen Männern hinter einen Truck gebunden und zu Tode geschliffen wurde.
- 4 Bundesministerium der Justiz. 2006. Hasskriminalität – Vorurteilskriminalität. Projekt Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige. Endbericht der Arbeitsgruppe. Band 1, S. 156.
- 5 Vgl. z.B. Dölling, Dieter et al. 2007. Metaanalyse empirischer Abschreckungsstudien, in: Lösel/Blender/Jehle: Kriminologie und wissenschaftsbasierte Kriminalpolitik. Forum Verlag Godesberg, S. 633-648.
- 6 Die Kursiv- und Großschreibung soll andeuten, dass es sich hier um soziale und politische Kategorien bzw. Subjektpositionen handelt und nicht um eine Hautfarbe.
- 7 Vgl. die aktuelle, gelegentlich schrille und Rassismus relativierende Diskussion zu »Deutschfeindlichkeit«.
- 8 Auf Grund der unklaren Bedeutung des Begriffs »Hassverbrechen« wird in der Literatur oft äquivalent der Begriff »Vorurteilskriminalität« verwendet. Analytisch schärfer wird der Begriff dadurch nur bedingt, da der Vorurteilsbegriff selbst umstritten ist. Beide Begriffe verweisen auf eine sozialpsychologische Sprache mit der gesellschaftliche Schieflagen und Machtassymetrien nur schlecht thematisiert werden können.

»All das geschieht fast unbemerkt. Friedlich«

Institutioneller Rassismus in Deutschland

Biplab Basu

1964 sprach Malcom X in seiner »message to the grassroots«: Stellt euch vor, ihr wärt beim Zahnarzt. Der Zahnarzt will dich behandeln und du hast Angst. Du kämpfst gegen seinen Eingriff. Er beruhigt Dich und gibt Dir eine Betäubung. Gegen die Schmerzen. Die Behandlung erfolgt, du hast keine Schmerzen. Du leidest friedlich. Du siehst das Blut rinnen, aber du weißt nicht was passiert. Weil Dir jemand beigebracht hat friedlich zu leiden.

Wir haben ein Problem und das Problem ist Rassismus. Und wir leiden darunter. Aber gegen unseren Schmerz haben Andere für uns Lösungen gefunden. Friedlich. Diese Lösungen hören auf die Namen »Integration«, »interkultureller Dialog« oder »ethnische Vielfalt«.

Nun ist Rassismus aber eine Ideologie, ein Konstrukt; und trotzdem ist er keine akademisch/wissenschaftliche Hypothese. Das reale gesellschaftliche Leben wird durch Rassismus organisiert. Das gemeine Mitglied der Gesellschaft fügt sich – gewollt/ungewollt, bewusst/unbewusst in das organisierte Leben. Dabei hilft sein rassistisches Wissen ihm einige Ungeheimheiten, einige Lücken, einige allzu menschliche Zweifel an den gesellschaftlichen Missstände zu überwinden.

Was also tun? Rassismus umgehen? Rassismus übersehen? Nein, die Organisation der gesellschaftlichen Ordnung ist zweckmäßig für diejenigen, deren Privilegien es zu schützen gilt. Und das funktioniert auch über rassistische Argumente, die sich institutionell verankern, hier formuliert sind und so ihre Wirkung entfalten.

Die Sarazzins trauern um ihre mehr oder weniger homogene, weiße, christliche Gesellschaft. Sie fürchten um ihre Stellungen und die ihrer Kinder. Um ihre (Un)Rechte zu verteidigen, helfen rassistische Argumente.

Rassismus ist institutionell und kann auch nur in dieser Form vorhanden sein.

Rassismus hat immer mit Diskriminierung, Ausbeutung und Ausschluss zu tun. Darin unterscheidet er sich von individuellen rassistischen Einstellungen, die ich kurz beschreiben will.

Individueller Rassismus

Das einzelne Mitglied einer Gesellschaft kann zwar rassistische Vorurteile und auch Meinungen pflegen bzw. auch in seinem Alltag rassistisch handeln; auch wir – die unmittelbar vom Rassismus betroffenen und benachteiligten Mitglieder der Gesellschaft – hegen rassistisches Gedankengut. Aber all das bleibt von wenig Belang, solange dieses Gedankengut nicht in institutioneller Form – also in Form von Handlungsinstrumenten – an uns weiter getragen wird.

Marx erklärte es so: »Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende *materielle* Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende *geistige* Macht.«

Erinnern wir uns an die einzelnen diffamierenden Bemerkungen der 90er Jahre: Begleitet durch asyl- und migrationspolitische Überlegungen der Regierung, wirkten sie als Auslöser für Mölln, Solingen, Rostock, Hoyerswerda etc.

Auch fungieren die öffentlich bekundeten Einstellungen der Herrschenden als konkrete Vorschläge an ausführende Institutionen, womit ich dann zur Beschreibung des institutionellen Rassismus, seines Werdegangs und seiner Funktionsweise komme.

Institutioneller Rassismus

Alle wissen, dass in einer bestimmten Epoche die europäische, amerikanische, also weiße Wissenschaft, sich sehr intensiv damit beschäftigt hat, durch vermeintlich wissenschaftliche Konzepte ein bestimmtes Gedankengut gesellschaftlich zu etablieren. Das zeichnete sich aus durch die Bestimmung menschlicher Gruppenkategorien, der Hierarchisierung dieser Gruppen und, damit verbunden, der Zuschreibung bestimmter Eigenschaften, bestimmter Fähigkeiten/Unfähigkeiten. Damit haben die Herrschenden, egal ob Monarchen oder gewählte Parlamentarier, ihre rassistische Organisationsstruktur »Ausbeutung-Diskriminierung-Dämonisierung« begründet.

Auch der moderne Nationalstaat Deutschland hat all diese Ideen mit entwickelt, verbessert, verfeinert und verfestigt: Das geschah durch verschiedenförmige Gesetzgebungen, wissenschaftliche Theorienbildung, über Anweisungen durch Ministerien/Behörden,

Bildungsräume. Die legale Ausgrenzung und die Ausbeutung müssen dabei zusammen gedacht werden: Nur durch die Dämonisierung und Verweigerung eines sicheren gesellschaftlichen Status ist die wirtschaftliche Ausbeutung von Menschen überhaupt möglich.

Einige Institutionen wirken besonders machtvoll und ich möchte drei von ihnen an dieser Stelle beispielhaft hervorheben: Polizei, Strafanstalten und Medien.

Die Polizei

Die Polizei ist nicht nur für die Wahrung der öffentlichen Ordnung zuständig, sondern sie teilt zur Orientierung die Bevölkerung in gut und böse. Die Polizei schützt die Guten vor den Bösen, die »Wert-schöpfenden« vor den Armen, die Ordentlichen vor den Kriminellen.

Die Polizei gehört dabei zu den sichtbarsten Institutionen, die das Leben von Schwarzen Menschen bestimmt¹: Wie bestimmt also die Polizei das Leben Schwarzer Menschen? Durch Kriminalisierung der Asylsuchenden (Residenzpflicht), durch rassistische verdachtsunabhängige Kontrollen, statistische Erhebung und Darstellung der »kriminellen Ausländer«, Intensivtäterdebatten über Jugendliche und damit verbunden die Herabwürdigung und Kriminalisierung der Familie und der gesamten Community, die Beobachtung ganzer Straßenzüge (z.B. im Wrangelkiez), die suggestive Verknüpfung von Muslimen mit Terrorismus und Gewalt.

Also insgesamt: die willige Beteiligung an der Lösung des sogenannten Problems »Migration«

Die Strafanstalten

In diesem Zusammenhang ist auch die Verantwortung der Strafanstalten zu sehen. Schaut

man sich die Gesamtzahl der Gefängnisinsassen (besonders die der Jugendlichen) an, kommt einem schnell die Assoziation zu den USA, wo eine große und überwiegende Anzahl von Schwarzen Menschen inhaftiert ist.

Dieser Tatbestand wird kontinuierlich medienwirksam in Szene gesetzt (siehe Kinofilm »Knallhart« oder Berichte zu »Kinder Dealern«), wo wir bei der Rolle der Medien angelangt wären.

Die Medien

Man erinnert sich noch an Überschriften wie »Asylanten im Ruhrgebiet – Wer soll das bezahlen?«, »Zauberwort Asyl – schon gibt's Bett und Geld.«, Parolen wie »Das Boot ist voll«, »Kinder statt Inder«, und Schlagworte wie »Asylantenflut«, »Scheinasylanten«, »Importbräute« etc.

Medien produzieren und reproduzieren nicht einfach nur, sondern bieten Raum für rassistische Diskurse; Fernsehanstalten bieten Talk- und Diskussionssendungen an, wo gezielt Menschen eingeladen werden, die mit einer Scheinsachlichkeit rassistisches Gedankengut als Tatsache präsentieren und dadurch Rassismus weiter institutionalisieren.

Lassen Sie mich ein letztes Thema ansprechen. Als relativ neues Phänomen muss der massiv eingetretene antimuslimische Rassismus beobachtet werden.

Obwohl seit Johannes von Damaskus oder Martin Luther viele den Propheten des Islam oder auch Moslems im Allgemeinen verunglimpft haben, hat das für die muslimische Bevölkerung in Arabien oder der Türkei kaum eine Rolle gespielt. Auch in Deutschland wurde die Ausgrenzung und Dämonisierung der muslimischen Bevölkerung erst manifest, als

Themen wie das Tragen des Kopftuchs öffentlich debattiert wurden und entsprechende Gesetze hieraus folgten. Heute gilt die kopftuchtragende Frau entweder als unmodern oder als Opfer ihres patriarchalen Ehemanns. Auch die Sicherheitsgesetze nach 9/11 kriminalisierten insbesondere türkische und arabische Männer als terroristische Bedrohung und Moscheen als Terrorfabrik.

Fast ohne Widerstand kann diese Beobachtung der Moscheen, der muslimischen Menschen, ihrer Stadtteile erfolgen, fast so als wäre es eine Normalität ohne Kontext. In diesen Zusammenhang gehört auch, dass sich niemand darüber beschwert, wenn der Innenminister den Islamrat von der bevorstehenden Islamkonferenz ausschließt. Oder wenn Moscheen brennen. Dagegen lässt ein Autobrand das öffentliche Herz brechen und härtere Gesetze fordern.

Und hier bin ich dann wieder bei Malcolm X: All das geschieht fast unbemerkt. Friedlich.

Biplab Basu ist Mitarbeiter von ReachOut und aktiv bei der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt – KOP.

Die hier abgedruckte Rede wurde anlässlich der vom Migrationsrat Berlin-Brandenburg organisierten Tagung zur Erstellung eines Landesaktionsplanes gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung am 25.03.2010 gehalten. Der Text wurde leicht gekürzt und aktualisiert.

- 1 Ich benutze die Bezeichnung »Schwarz« im politischen Sinne für alle Menschen, die von rassistischer Diskriminierung und Ausbeutung betroffen sind, anstatt verschiedene Ethnien aufzuzählen oder auf verschiedene Pigmentierungen von Hautfarben einzugehen

Keine »richtige« Identität für die Schule:

Sind die Opfer selbst schuld, wenn sie rassistisch gemobbt werden?

Sanchita Basu

Hannes (Name geändert) ist Hochschulabsolvent, der sich anstatt für einen Job für eine Berufsausbildung entschied. Das war theoretisch eine gute Überlegung, aber in der Realität änderte sie sein Leben, das bis dahin eher gewöhnlich verlief.

Die anderen Azubis in der Berufsschule bekamen die »wahre« Identität von Hannes mit. Er sei kein »richtiger« Deutscher, denn er sei ja »Jude«. Hannes war nicht interessiert daran, seine Identität Anderen mitzuteilen, weil er schon als Kind es zu spüren bekommen hatte, was es heißt, nicht die »richtige« Identität zu besitzen. Seine Mitschüler_innen wussten es trotzdem und sie haben es nicht für sich behalten. Sie haben Hannes gemobbt mit allen Mitteln. Die Lehrer_innen und die Schulleitung suchten, wie in den meisten Mobbingfällen, die Verantwortung bei Hannes, mit Begründungen wie z.B »er hebt sich von seinen Mitschüler_innen ab«, »er ist ein Einzelgänger«, »er ist nicht an Gruppenarbeit interessiert« usw. Hannes wird ein Problemfall, den man zu bewältigen gedenkt. Als ein Azubi in einer Englischarbeit bei seinem Geburtsort »Auschwitz« schrieb, bezeichnete der zuständige Lehrer dies als Leg pulling (auf den Arm neh-

men, veralbern. Leg pulling ist eine harmlose Art andere zu ärgern), da die Azubis doch in der Regel keine politische Gesinnung hätten. Der gleiche Lehrer nannte Hannes Reaktion, der einen Beschwerdebrief an die Schulleitung schrieb, »übertrieben«.

Als Hannes ReachOut aufsuchte, hatte er schon mehrere Schritte selbst unternommen. Neben dem Beschwerdebrief an die Schulleitung, hatte er auch ein Gespräch mit seinem Ausbilder geführt. In den Augen der Schulleitung war das nicht der richtige Weg, da er sich damit noch mehr isoliert habe.

Die Verharmlosung solcher Situationen gehören zum Alltag an Berliner Schulen. Die Argumentationen, mit denen das Lehrpersonal häufig agiert und damit die Verantwortung abgibt, ähneln sich so sehr, dass man auf den Gedanken kommen kann, dass es dafür ein Lehrbuch gäbe.

Rassismus und Antisemitismus haben sowohl politisch-historische als auch psychologisch-gruppendynamische Ursachen. Aus politisch-historischen Gründen dient Rassismus vor allem zur Rechtfertigung von Machtansprüchen und Unterdrückung bestimmter Gruppen, während psychologisch-gruppendynamische Ursachen aus dem Bedürfnis resultieren, sich gegen außen abzugrenzen, um dadurch die

Zusammengehörigkeit und das Gemeinschaftsgefühl zu fördern. Die Tendenz vermeintlich Andere aus rassistischen oder antisemitischen Gründen auszuschließen, die sich bis zur seelischen und körperlichen Gewalt entwickeln kann, ist eine Gefahr, die meistens zu spät erkannt wird und die fast immer von den Verantwortlichen bagatellisiert wird. Aggressive Handlungen, Witze, Beleidigungen oder Diskriminierungen anderer Schüler_innen gehören in Berliner Schulen zum Alltag. Dies wird dann besonders gefährlich, wenn die Ausgrenzung an Religionszugehörigkeit, Andersaussehen oder sexueller Orientierung festgemacht wird. Die Schüler_innen haben dann kaum eine Möglichkeit sich anderen Gruppen anzuschließen und den Mobbingattacken auszuweichen.

Die Workshops, die ReachOut mit unterschiedlichen Zielgruppen durchführt, zeigen, dass die Schüler_innen eher bereit sind ihr diskriminierendes Verhalten zu reflektieren, als das Lehrpersonal. Lehrer_innen wehren sich ihre eigene Verantwortlichkeit wahrzunehmen und beschuldigen fast immer das Mobbingopfer indirekt für sein Opfersein, indem seine Reaktion und sein Verhalten kritisiert wird. Wie Hannes erfahren viele von Mobbing betroffene Schüler_innen, dass mit »ihnen« etwas nicht stimmt, dass sie ruhig bleiben und nicht »überreagieren« sollen und dass sie versuchen müssen sich zu ändern. Die Ironie dabei ist, wie ändert man seine nicht »richtige« Identität?

Es gibt aber auch Schulen, an denen Schulleiter_innen und Lehrer_innen daran interessiert sind, rassistisches Mobbing in der Schule zu thematisieren, nicht nur für die Schüler_innen sondern explizit auch mit dem Kollegium. Jedoch tragen die einzelnen Lehrer_innen diese Ansicht nicht immer mit. Mit ihrer »Vorurteilsbrille« sehen sie die Ausgrenzungsmechanismen nicht, sondern die »Probleme« der Auffälligkeit der jeweiligen Schüler_innen. Die Eltern und deren Erziehung verursachen für viele Lehrer_innen all die Schwierigkeiten, auch das Mobbing in der Schule. So werden bspw. Patchworkfamilien oder strenggläubige muslimische Familie als problematisch benannt.

ReachOut plädiert seit langem dafür, dass in Schulen die Elternarbeit intensiviert werden soll. Denn eine angemessene, gleichberechtigte Kommunikation zwischen Lehrer_innen und Eltern, kann helfen, die Perspektiven der Lehrer_innen zu erweitern. Die Eltern-Workshops, die ReachOut durchführt, zeigen, dass ein Dialog zwischen den Lehrer_innen und den Eltern vonnöten ist, besonders dann, wenn die Elternschaft nicht über eine monokulturelle Identität verfügt.

Sanchita Basu ist Mitarbeiterin von ReachOut

Rassistisches Mobbing in der Schule

Informationen für Eltern und Lehrer_innen

Mobbing

Mobbing findet statt, wenn ein Kind über einen längeren Zeitraum von anderen ausgeschlossen, beschimpft oder geschlagen wird. Mobbing kann zu schwerwiegenden Folgen bei Kindern führen. Es kann zu einer psychischen Traumatisierung kommen. Sie reagieren mit Rückzug und zeigen zum Teil aggressives oder selbstverletzendes Verhalten. Dies kann bis zum Suizid führen.

Erwachsene nehmen Mobbing in der Schule oft nicht wahr oder nicht ernst genug. »Streitereien zwischen Kindern, das sollen die mal unter sich klären.« Dabei ist es äußerst wichtig und hilfreich, dass Eltern und Lehrer_innen eingreifen, denn oft steht das Kind einer Gruppe allein gegenüber.

Obwohl die Schikane meist nur von einzelnen Kindern ausgeht, gibt es in der Klasse/Gruppe immer eine große Anzahl von Mitläufer_innen, die das Mobbing aktiv oder passiv unterstützen. Am Ende verlässt das Kind die Schule, um dem Mobbing zu entgehen. Damit wird das Opfer bestraft und die Täter_innen belohnt.

Rassismus

Rassismus ist eine Ideologie, die dominantes und aggressives Verhalten rechtfertigen soll. Menschen werden wegen äußerlicher Merkmale oder zugeschriebener Eigenschaften benachteiligt, diskriminiert oder angegriffen. Dabei werden ihnen bestimmte Charakter-

merkmale unterstellt, die ein solches Verhalten rechtfertigen sollen.

Rassistisches Mobbing

Beim rassistischen Mobbing werden Hautfarbe, Herkunft, Sprache oder andere Äußerlichkeiten zum Anlass genommen das Kind zu schikanieren. Hier wird im Unterschied zum allgemeinen Mobbing nicht nur das Kind allein angegriffen, sondern stellvertretend auch die ganze Gruppe, der das Kind zugeordnet wird. Menschen, die nicht der Vorstellung einer weißen deutschen Norm entsprechen, werden abgewertet und verachtet. Wird die Mobbing-situation verharmlost oder nicht weiter thematisiert, werden die Schüler_innen in ihrem rassistischen Handeln bestärkt.

Wie erkenne ich die Folgen von rassistischem Mobbing bei meinem Kind, meiner Schülerin, meinem Schüler?

Auf eine solche Belastung können Kinder auf ganz unterschiedliche Weisen reagieren. Rassistisches Mobbing löst bei Ihrem Kind Schamgefühle aus. Denken Sie daran, dass Ihr Kind die Beschimpfungen auf sich bezieht und sich selbst schuldig und nicht richtig fühlt. Ihr Kind wird Ihnen möglicherweise gar nicht von selbst erzählen, was mit ihm geschieht.

Hinweise können sein:

Ihr Kind wird ängstlich und unsicher.

Ihr Kind reagiert aggressiv.

Ihr Kind nässt (wieder) ein.

Ihr Kind wird schweigsam und zurückgezogen.

Ihr Kind hat starke Stimmungsschwankungen.

Ihr Kind ist oft traurig und bedrückt.

Ihr Kind hat Alpträume, insbesondere mit Verfolgungsinhalten.

Ihr Kind fängt an, Aspekte seines Körperbildes, wie zum Beispiel Haare, Gesichtszüge, Hautfarbe abzulehnen und versucht gleichzeitig diese nicht zeigen zu wollen oder durch konkrete Handlungen wie Haare schneiden, Kopfbedecken usw. zu modifizieren.

Ihr Kind entwickelt Schulangst.

Ihr Kind zeigt einen zunehmenden Leistungsabfall.

Ihr Kind zeigt Kontaktvermeidung, insbesondere in der Öffentlichkeit bis hin zu phobischen (überängstlichen) Reaktionen.

Ihr Kind fängt an, sich nicht mit dem dazugehörigen schwarzen Elternteil in der Öffentlichkeit zu zeigen

Wie kann ich mein Kind unterstützen?

Es ist nicht ungewöhnlich, dass Sie an Ihrem Eindruck, Ihr Kind würde rassistisch gemobbt, zunächst zweifeln. Es ist schwer zu ertragen, sich das vorzustellen, was Ihr Kind da erleidet. Auch aus Ihrem Umfeld werden Sie möglicherweise hören, dass Sie übertreiben.

Nehmen Sie Ihr eigenes Gefühl ernst.

Fragen Sie Ihr Kind nach seinen Erlebnissen und sagen Sie ihm, dass es nicht richtig ist, was ihm zugefügt wird.

Glauben Sie Ihrem Kind, auch wenn das Gehörte für Sie sehr schmerzhaft ist. Stellen Sie sich konsequent auf die Seite Ihres Kindes. Vielleicht möchte Ihr Kind nicht über seine Beschämungen reden, akzeptieren Sie das.

Nehmen Sie sich Zeit für Ihr Kind, seien Sie da. Machen Sie gemeinsame Unternehmungen mit Ihrem Kind. Stärken Sie Ihr Kind durch Anerkennung! Unterstützen Sie Ihr Kind dabei Spannung abzubauen (toben, schreien, schimpfen)!

Sorgen Sie für sich selbst! Suchen Sie sich Verbündete (andere Eltern, Lehrer_innen, Psychotherapeut_innen). Es nützt weder Ihnen noch Ihrem Kind, sich unauffällig verhalten zu wollen. Sie können vielleicht »untertauchen«, Ihr Kind nicht.

Werden Sie aktiv! Gehen Sie in die Öffentlichkeit! Rassistisches Mobbing ist ein gesellschaftliches Problem.

Weitere Informationen, Flyer und Kontakt:

ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Sanchita Basu: Beratung und Multiplikator_innentraining, Oranienstr. 159, 10969 Berlin, Tel.: 030-69568339, info@reachoutberlin.de

Die Kampagne für Opfer rassistisch motivierter Polizeigewalt stellt sich vor

KOP wurde 2002 durch die Opferberatungsstelle ReachOut, das Antidiskriminierungsbüro (ADB e.V.), den Ermittlungsausschuss (EA) und Netzwerk Selbsthilfe e.V. gegründet. Motiviert durch die fehlende finanzielle Unterstützung der Opfer hat KOP einen Rechtshilfefond organisiert, der es den Betroffenen ermöglicht sich gegen das ihnen zugefügte Unrecht auf juristischem Weg zu wehren. Denn eine fehlende juristische Auseinandersetzung zementiert nicht nur den Rechtsbruch, sondern steht auch der Bildung einer starken Lobby für die Opfer entgegen. Schließlich führt der (Irr-)glaube an die Systematik der Nicht-Verurteilung zu der allgemein verbreiteten These der Mitschuld, wenn nicht gar der Alleinschuld der Opfer, an dem entstandenen Unrecht.

Es gilt eine Normalität zu durchbrechen!

Menschen, die durch bestimmte Merkmale wie Hautfarbe, Sprache oder eine andere (unterstellte) Herkunft im Brennpunkt polizeilichen Interesses stehen, erleben die immer gleichen Szenarien. Unbegründete Passkontrollen, Aggressionen der Beamt_innen, diskriminierende Beschimpfungen und Beleidigungen, gewaltsame Festnahmen, Misshandlungen und Übergriffe. Für die Opfer ist die rassistische Behandlung seitens der Polizei dabei oft zur Gewohnheit geworden. Viele wehren sich nicht: Sei es, weil es von vornherein aussichtslos erscheint, gegen Polizeibeamt_innen juristisch vorzugehen, sei es aus aufenthaltsrechtlichen Gründen oder wegen psychi-

scher Beeinträchtigungen, die ein Übergriff häufig nach sich zieht.

KOP stellt sich entschieden gegen die vor allem von Seiten der politisch Verantwortlichen vertretenen »Schwarze Schafe«- und »Einzelfall«-Thesen, wonach rassistisch motivierte Polizeiübergriffe eine Ausnahme darstellen, die von einigen wenigen Ausnahmepolizisten verübt werden. Denn das unverhältnismäßige Auftreten der Täter erfolgt auf der Grundlage von Gesetzen, Verordnung etc., die aus rassistischem Wissen und Handeln resultieren und dieses macht- und wirkungsvoll verfestigen: Verdachtsunabhängige Kontrolle, Schleierfahndung, Anti-Terrorgesetzgebung und Residenzpflicht bilden nur einige gesetzliche Grundlagen. Dieser institutionalisierte Rassismus findet in der polizeilichen Praxis seinen stärksten Ausdruck im racial profiling. Racial profiling bezeichnet Ermittlungen mittels phänotypischer oder herkunftsbasierter Personenprofile. D.h. polizeiliche Ermittlungen erfolgen nicht nach konkreten Verdachtsmomenten auf Grund von Tatsachen oder des Verhaltens Einzelner, sondern die Vollzugs- oder Ermittlungsbehörden entscheiden anhand von Kategorien wie »ethnische Herkunft«, »Rasse«, »Religionszugehörigkeit« oder »Staatsangehörigkeit«, wer sich strafbar gemacht hat oder strafbar machen könnte. Trotz des Vorhandenseins von Ermittlungsgruppen mit so bezeichnenden Namen wie »vietnamesische Zigarettenhändler« oder »Schwarzafrikaner«, leugnet die Bundesregie-

rung die Existenz von racial profiling in der Bundesrepublik mit der perfiden Begründung, racial profiling käme in der BRD nicht vor, da das Grundgesetz dies verbiete.

Die systematische Verschleierung unverhältnismäßigen Handelns durch Anzeigen gegen die Opfer, Einstellungen von Ermittlungsverfahren und Nicht-Verurteilung der Täter_innen muss aufgedeckt werden.

Was können wir tun?

Wir wollen der Ohnmachtssituation des Übergriffs praktische Solidarität mit den Betroffenen entgegensetzen. Dazu bieten die Beratungsstellen innerhalb der Kampagne Betroffenen von rassistischer Polizeigewalt kostenlose Beratung und psychologische Unterstützung an. Wir stehen dabei parteiisch an der Seite der Betroffenen und unterstützen sie bei den Schritten, die sie gehen wollen. Bei der juristischen Auseinandersetzung, die vielen Betroffenen durch (Gegen-)Anzeigen wegen »Widerstands gegen Vollzugsbeamte« aufgezwungen wird, unterstützen wir durch Vermittlung von Rechtsanwält_innen und durch Prozessbegleitung. Durch den spendenfinanzierten Rechtshilfefond der Kampagne versuchen wir anfallende Prozesskosten im Rahmen unserer Möglichkeiten mit zu finanzieren.

Öffentlichkeitsarbeit und Kooperationen

Ganz nach dem Motto: »Kann ich's nicht sehn, ist's nicht passiert!« dokumentiert KOP alle in Berlin bekannt gewordenen Fälle rassistischer Polizeigewalt auf der Internetseite www.kop-berlin.de. Dort findet sich neben der Dokumentation und aktuellen Terminen auch eine Broschüre mit dem Titel »Was tun bei rassistischen Polizeiübergriffen?«. KOP will Öffentlichkeit schaffen für ein Problem, das unbequem ist.

KOP organisiert seit ihrem Bestehen Solidaritätsparties und –konzerte, um den Rechtshilfefond liquide zu halten und ein interessiertes Publikum für die Thematik zu gewinnen. Geleistet wird das alles durch freiwillige und unbezahlte Helfer_innen, ohne die KOP nicht existieren würde.

Unsere Ziele:

- ▶ die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisieren
- ▶ die Position der Betroffenen stärken
- ▶ die Verantwortlichkeit in der Polizei einfordern und
- ▶ die Systematik im Vorgehen von Polizei und Justiz offenlegen

Unsere Forderungen:

- ▶ Die Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt ist eine bundesweit einzigartige Initiative. Unsere Forderungen aber teilen wir mit anderen!
- ▶ Für die Abschaffung aller bürgerrechts- und rechtsstaatsfreien Räume. Deswegen muss das Instrument der verdachts- und anlassunabhängigen Kontrolle aus der Hand der Polizei genommen werden.
- ▶ Für die rückhaltlose Aufklärung rassistischer Polizeiübergriffe.
- ▶ Für Transparenz in den Ermittlungen.
- ▶ Die Polizei muss als das betrachtet werden, was sie ist: Eine Organisation, deren Mitglieder staatlicherseits ermächtigt sind, Waffen zu tragen und diese auch einzusetzen. Das erfordert eine gezielte Kontrolle!

- Die polizeiliche Kontrollpraxis anhand ihrer Verdachtsmomente muss transparent und lückenlos dokumentiert werden. Der »Verdacht des Verdachts« ist für die Betroffenen eine Realität, die endlich aufgedeckt werden muss.
- Wir fordern die individuelle Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamt_innen, um sie der Anonymität zu entzieht und damit für ihr Handeln verantwortlich zu machen.

KOP braucht Unterstützung:

Die Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt wird ausschließlich durch freiwillige unentgeltlich arbeitende Aktivist_innen getragen. Der Rechtshilfefonds wird aus Spenden

und aus Einnahmen von Solidaritätsveranstaltungen finanziert.

Alle Spenden werden ausschließlich für die Unterstützung der Betroffenen eingesetzt.

Spendenkonto: Netzwerk Selbsthilfe e.V.

Stichwort »Rechtshilfefonds«
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Konto 302 98 04

Kontakt:
info@kop-berlin.de
www.kop-berlin.de

25.05.2006 / Berlin-Zehlendorf

Ein Neonazi, der an die Mauer eines Gartenlokales uriniert, wird von den Gästen aufgefordert, dies zu unterlassen. Auch als ihn der Besitzer des Lokals bittet, sich zu entfernen, folgt er der Bitte nicht, sondern beleidigt, unterstützt von seinen Freunden und Freundinnen, ihn und die Gäste rassistisch. Einer Familie, die das Lokal fluchtartig verlassen will, wird von den Angreifern der Weg versperrt. Die inzwischen eingetroffene Polizei nimmt ausschließlich die Aussagen der Provokateure entgegen. Die Sichtweise der Geschädigten wird nicht zur Kenntnis genommen. Im Gegenteil: der Besitzer des Lokals wird von den Polizisten angegriffen. Erst nach einer Drohung, diesen Vorfall in die Presse zu bringen, lassen die Polizisten ihn los. Ein Angestellter des Lokals wird in Handschellen gelegt und dabei verletzt. Auch ihm und den Gästen wird keine Gelegenheit gegeben, den Sachverhalt zu schildern.



ReachOut

Rassistisch motivierte Polizeigewalt in Berlin

»Du hast uns angeschaut und das war verdächtig«

Am späten Nachmittag des 25. Mai 2010 steht B.A. am Tempelhofer Damm und telefoniert. Völlig unvermittelt wird er von vier Männern angegriffen, einer reißt ihm das Handy aus der Hand, ein anderer wirft ihn zu Boden. Erst geht B.A. von einem Neonazi-Angriff aus, doch als ihm plötzlich Handschellen angelegt werden, wird ihm klar, dass es sich bei den Angreifern um Polizisten handeln muss. Einer der Männer kniet auf seinem Rücken, so dass B.A. keine Luft mehr bekommt. Man befiehlt ihm nicht zu sprechen. Er wird vom Boden hochgezerrt und in einen parkenden PKW gestoßen. Man durchsucht seinen Jacke nach Personalien. Immer wieder fragt man ihn, woher er sein mitgeführtes Geld habe. B.A. versteht all das nicht. Nun kommen zwei weitere Polizeiwagen hinzu, mit weiteren Beamten. Nach Minuten werden seine Handschellen geöffnet und man weist ihn an zu gehen. Auf seine Frage, warum er geschlagen wurde, antwortet ein Beamter aggressiv: »Wir haben jemanden gesucht, du hast hier gestanden und mit dem Handy telefoniert, in dem Moment hast du uns angeschaut und das war verdächtig.« Und auf die Frage hin, ob das normal sei, was man mit ihm gemacht hätte, antwortete ein weiterer Beamter: »Ja, das ist normal!«.

B.A. wird am linken Auge verletzt. Er erstattet Anzeige gegen die Polizisten.

Quelle: ReachOut

Eine Kontrolle in Berlin-Kreuzberg

Am Abend des 03. Januar 2010 ist Q.A. in der Wiener Straße in Berlin Kreuzberg unterwegs. Personen in Zivil gehen auf ihn zu, geben sich als Polizeibeamte zu erkennen und verlangen nach seinen Ausweispapieren. Q.A. zeigt seine Aufenthaltsdokumente. Die Beamten fordern ihn auf, sich auf den Boden zu legen, was Q.A. aber nicht möchte, da Schnee und Eis liegt. Die Beamten treten ihm daraufhin in die Knie, Q.A. fällt in den Schnee und ein Beamter presst sein Knie in dessen Rippen. Q.A. hat große Schmerzen. Seine Hände werden auf dem Rücken gefesselt. Binnen kurzer Zeit sind viele uniformierte Beamte vor Ort, bringen Q.A. in einen Polizeiwagen und fahren mit ihm auf eine Polizeiwache. Er weiß nicht wo er ist. Weitere Männer werden festgenommen. Alle sind schwarz. Q.A. muss die Nacht in Gewahrsam verbringen. Er fragt nach einem Anwalt. Ein Anruf wird ihm nicht gewährt. Sein Handy und 50 Euro werden beschlagnahmt. Als Q.A. am nächsten Morgen entlassen wird, bekommt er zwar das Handy zurück, nicht aber das Geld. Eine Quittung stellt man ihm nicht aus.

Wegen starker Schmerzen geht Q.A. später zu einer Ärztin, die multiple Prellungen feststellt.

Quelle: ReachOut

Die Angriffe sind in der Chronik der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt unter www.kop-berlin.de dokumentiert.

»Mutig ist nicht, wer keine Angst kennt, mutig ist, wer die Angst kennt und sie überwindet.«

Die Psychologische Beratung für Opfer rechts- extremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt stellt sich vor.

Eben Louw

Die »Psychologische Beratung für Opfer rechts-
extremer, rassistischer und antisemitischer
Gewalt« (im weiteren OPRA-Gewalt genannt)
existiert seit 2003. Das Projekt ist bundesweit
einzigartig.

Wer kann die psychologische Beratung in Anspruch nehmen?

Zielgruppe sind Opfer rechter, rassistischer und
antisemitischer Gewalt. Dabei handelt es sich
oft um Menschen, die keinen Zugang zur psy-
chotherapeutischen Regelversorgung haben
und/oder bei denen eine hohe Schwellen-
angst vor psychologischen Interventionen wie
z.B. einer Psychotherapie besteht.

Auch für die Angehörigen der Opfer und für
Zeug_innen eines Angriffs steht das Projektan-
gebot offen. Einerseits zeigen die Angehörigen
selbst einen hohen Beratungsbedarf und an-
dererseits trägt ihr Verhalten gegenüber dem
Opfer maßgeblich dazu bei, ob und wie dieser
Mensch die Folgen der Traumatisierung verar-

beiten kann. Für die Zeug_innen kann der An-
griff ähnliche psychische Folgen haben wie für
die Opfer selbst.

Die Konfrontation mit Ereignissen, wie Tod, Le-
bensgefahr, schweren physischen Verletzungen
oder Geschehnissen, durch welche die
eigene körperliche Unversehrtheit bzw. jene
anderer Personen bedroht war, kann ein trau-
matisches Erlebnis sein. Viele Betroffene erle-
ben solche Situationen als Zustand intensiver
Bedrohung, deren psychische Folgen sie nicht
alleine bewältigen können. Zudem gilt es mitt-
lerweile als empirisch belegt, dass sich jene
Traumata als besonders gravierend erweisen,
die willentlich durch andere Menschen ver-
ursacht werden, wie es bei rechtsextremen,
rassistischen und antisemitischen Gewalttaten
der Fall ist (vgl. Breslau u.a., 1998; Schauer
u. a., 2003).

Welche Ziele verfolgt das Projekt?

Das Projekt bietet seinen Klient_innen schnel-
le, unbürokratische und professionelle Unter-
stützung im Sinne einer individuellen psycho-
logischen Krisenintervention oder in besonders
schweren Fällen eine Traumatherapie an.

Hauptziele des Projektes sind die psychische Stabilisierung von Opfern rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt, die Aktivierung und Förderung der individuellen Bewältigungs- und Selbstheilungsmöglichkeiten sowie die Begleitung des Verarbeitungsprozesses. Die Betroffenen werden dabei unterstützt, die anstehenden Aufgaben anzugehen, Lösungen zu finden und Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Die zeitnahe psychologische Krisenintervention führt meistens zu einer schnellen Verbesserung des Allgemeinzustands der Betroffenen. Sie verhindert die Chronifizierung und Manifestierung akuter posttraumatischer Symptome und psychischer Störungen.

Daraus ergibt sich ein vielseitiges Aufgaben- und Arbeitsfeld.

Krisenintervention und Traumatherapie

Die psychologische Krisenintervention unterstützt das Gewaltopfer in einer akuten Phase der Krisenbewältigung. Angestrebt wird eine wirksame und angemessene Aktivierung der persönlichen Bewältigungsmöglichkeiten der Betroffenen und die psychologische Auflösung der unmittelbaren individuellen Krise und die Wiederherstellung des Funktionsgrades, den die betreffende Person vor der Krise aufgewiesen hat.

Die betreffenden Personen erlernen wirksame Strategien, um das traumatisierte Erleben zu verarbeiten. Bewertungen, Erklärungen und Verarbeitungen sind entscheidend beim Erleben des Traumas. Eine intensive Begleitung ist notwendig, um das Trauma in den Lebensalltag integrieren zu können. Somit wird eine Chronifizierung der posttraumatischen Symptome und damit die Ausbildung schwerer psychischer Störungen als Folge der Tat verhindert.

Die Krisenintervention erfolgt in Form von Präsenz Sitzungen. Je nach Bedarf ist die zeitliche Dauer der Therapie oder Beratung variabel.

Psychologische Berichte

Ein wichtiger Arbeitsbereich der psychologischen Beratung ist das Verfassen von psychologischen Berichten bzw. Stellungnahmen. Die Berichte sind notwendig, damit die Betroffenen die Folgen der Angriffe vor Gericht oder bei der Beantragung von Entschädigungsleistungen belegen können.

Ein fundiertes diagnostisches Verfahren ermöglicht eine objektive klinische Beurteilung der traumatischen Folgen und eine verlässliche und seriöse Traumadiagnostik.

Fachliche Weiterbildung und Praktika

Telefonische und persönliche Fachberatungen für Berater_innen in Opferberatungsstellen in Berlin und Brandenburg werden regelmäßig durchgeführt. Die telefonische Sprechstunde wird auch zunehmend von Klient_innen und Angehörigen in Anspruch genommen.

In Zukunft sind Workshops zum Thema »Traumadiagnostik und Beratung mit traumatisierten Menschen« geplant.

Auf Anfragen bietet die Psychologische Beratung auch Workshops zu Besonderheiten in der Beratung von traumatisierten Menschen an.

Darüber hinaus werden im Projekt Praktikant_innen aufgenommen.

Therapiegruppe »Leben nach dem Trauma«

Als Ergänzung zu dem bestehenden Angebot für traumatisierte Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt und zur Entlastung der psychologischen Beratung, ist

im Oktober 2008 die Therapiegruppe »Leben nach dem Trauma« initiiert worden.

Ziele der Gruppentherapie sind Symptomremission, Stärkung der Sozialkompetenz, Reintegration in die Gesellschaft und ein verbesserter Umgang mit Ängsten. Innerhalb der Gruppentherapie werden Bewältigungsstrategien erlernt, um besser mit psychosozialen, gesundheitlichen und psychischen Problemen leben zu können.

Über die Erfordernisse multiprofessionell zu arbeiten

So verschieden die Folgen eines Angriffs sein können, so vielfältig sind die Erfordernisse, die sich daraus für die psychologische Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ergeben.

Ganz unterschiedliche Lebensbereiche können betroffen sein. Ein Angriff kann neben den psychischen Folgen auch Auswirkungen auf den Aufenthaltsstatus, den beruflichen Bereich, die Wohnungs- und Familiensituation und auf die

finanziellen Belange der Betroffenen haben. All diese Probleme sind Teil des psychotherapeutischen Settings, können aber nicht alleine hier bewältigt werden.

OPRA-Gewalt und ReachOut arbeiten gemeinsam als effektives multidisziplinäres Team. ReachOut übernimmt die zentrale Rolle bei der Stabilisierung der allgemeinen psychosozialen Situation der Betroffenen. Nur durch die enge Zusammenarbeit beider Projekte ist es möglich, den vielschichtigen Herausforderungen und den ganz unterschiedlichen Bedürfnissen der Betroffenen gerecht zu werden.

Kontakt:

OPRA-Gewalt – Psychologische Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Eben Louw

Oranienstr. 159, 10969 Berlin,

Tel.: 030-92 21 82 41, 030-69 56 83 46

info@opra-gewalt.de

www.opra-gewalt.de,

06.12.2009 / Berlin-Treptow

Gegen 5 Uhr werden fünf Jugendliche auf ihrem Weg zum S-Bahnhof Schöneweide in Höhe der Kneipe »Zum Henker« in der Brückenstraße von mehreren Gästen angegriffen. Zum Teil werden sie mit Fäusten geschlagen und mit Flaschen beworfen. Ein Jugendlicher erleidet Schürfwunden.

Polizei Berlin, 18.01.2010

ReachOut



Informationen für Opfer und Zeug_innen

Was können Sie tun, wenn Sie aus rechten, rassistischen oder antisemitischen Gründen bedroht, verfolgt, beleidigt, geschlagen, verletzt wurden?

Eine Ärztin oder einen Arzt aufsuchen:

Lassen Sie sich die erlittenen Verletzungen attestieren und fotografieren.

Gedächtnisprotokoll schreiben:

Versuchen Sie, alles was geschehen ist und was Ihnen noch einfällt, möglichst genau aufzuschreiben. Das kann bei einem Gerichtsprozess sehr nützlich sein: Was passierte genau? Wann? Wo? Wie viele Angreifer_innen? Wie sahen diese aus? Gab es Leute in der Nähe, Zeug_innen? Was geschah danach? usw.

Zu ReachOut gehen:

Sie bekommen dort Informationen zu möglichen rechtlichen Schritten, Beratung bei psychologischen Fragen und Hilfe bei der Antragstellung für finanzielle Unterstützung.

Anzeige erstatten:

Sie können die Tat bei jeder Polizeidienststelle oder schriftlich bei der Staatsanwaltschaft anzeigen, auch gegen Unbekannte. ReachOut kann Sie dabei beraten und begleiten.

Psychologische Betreuung erhalten:

ReachOut vermittelt Ihnen Kontakt zu speziellen therapeutischen Einrichtungen.

Öffentlichkeit herstellen:

Wollen Sie die Öffentlichkeit (Zeitungen, Radio, Fernsehen) informieren: ReachOut unterstützt Sie dabei.

Sie sind Zeug_in eines rechten, rassistischen, antisemitischen Angriffs geworden?

Auch Sie können etwas tun!

Sie können die Polizei rufen oder die Betroffenen zur Polizei begleiten

Sie können Aufmerksamkeit erregen, Unbeteiligte ansprechen und versuchen, Hilfe zu holen

Sie können die Betroffenen beim Telefonieren unterstützen

Sie können nach der Tat bei den Betroffenen bleiben oder sie zum Arzt oder ins Krankenhaus begleiten

Sie können sich als Zeug_in zur Verfügung stellen

Kontakt:

ReachOut

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Oranienstraße 159

10969 Berlin (Kreuzberg)

U-Bahnhof Moritzplatz (U8)

Tel.: 030/695 68339

Fax: 030/695 68346

info@reachoutberlin.de

www.reachoutberlin.de

Bildnachweis:

Das in der Broschüre verwendete Bildmaterial ist dem von ReachOut konzipierten Ausstellungsprojekt **Berliner Tatorte – Dokumente rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt** entnommen. Auf den Fotografien von Jörg Möller sind ganz gewöhnliche Straßen und Plätze zu sehen, die nichts von der dort erfahrenen Angst und den dort erlittenen Schmerzen der Opfer erkennen lassen. Vielmehr wird die erschreckende Normalität der Angriffe gezeigt, ohne den Opfern ihre Würde zu rauben. Gilt es doch an Erlebnisse zu erinnern, die die Betroffenen niemals vergessen können und die viele der vermeintlich Unbeteiligten am Liebsten gar nicht wahrnehmen wollen. Die DIN A3 großen Ausstellungstafeln können bei ReachOut ausgeliehen werden. Die Mitarbeiter_innen bieten begleitende Veranstaltungen und Workshops im Rahmen der Ausstellung an.

Weitere Informationen:

www.reachoutberlin.de, www.tatorte.de
oder direkt bei ReachOut:
0 30-69 56 83 39, info@reachoutberlin.de

ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen
Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus